

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend - Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr - Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5 - Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 50

Berlin, den 12. Dezember 1931

6. Jahrgang

Festigt die republikanische Front!

Als furchtbare Mahnung an alle Arbeiter in Deutschland sind die Dokumente anzusehen, die der Gerichtsdirektor Dr. West, Amtsanwalt in Alzei und nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter für Hessen, verfaßt hat für den Zeitpunkt der gewalttätigen Übernahme der politischen Macht durch die Nationalsozialistische Partei und deren SA-Kolonnen. Dr. Schäfer, seitigerer Wirtschaftreferent und Kreisführer der Nationalsozialisten in Offenbach, Landtagsabgeordneter für Hessen, unterbreitete wichtige Bürgerkriegsdokumente der Nazis dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M., und der Preussische Minister des Innern übergab sie dann dem Oberreichsanwalt und zugleich der Öffentlichkeit. Die Verfasser dieser Dokumente rechnen voranschauend mit dem plötzlichen Verschwinden der gegenwärtigen Staatsbehörden, und deshalb fassen sie den Nazis u. a. folgende vorzuziehende Maßnahmen bei ihrer Machtübernahme in Aussicht:

1. Die ordnende Macht steht allein bei den SA und Landeswehren. Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht zur Rettung des Volkes die verwaiste Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben.
2. Die Befehlshaber der SA und Landeswehren befehlen, daß jeder Anordnung der SA und Landeswehren sofort Folge zu leisten ist. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.
3. Jede Schutzwaffe ist binnen 24 Stunden an die SA abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitze einer Schutzwaffe betroffen wird, wird als Feind der SA und des deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen.
4. Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst nieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft.
5. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der SA und der Landeswehren und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. Als Strafe wird Einziehung des gesamten Vermögens und daneben Freiheits- und Todesstrafen in Aussicht gestellt.
6. Die Bürgermeistereien haben Kollektivbeschlüsse einzurichten und die Ausgabe der Lebensmittelkarten vorzubereiten.
7. Die Führung der SA und Landeswehren ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren Lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. über den gesamten Ertrag des Volkseigentums und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderweitiger Regelung kein Privatvermögen mehr.
8. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verbrechen gegen den „Befehl an die Bevölkerung“ und gegen die Verordnungen, um den Ansehen der Willkür zu vermeiden. Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren soll in Anlehnung an die Strafprozessordnung durch den Einzelrichter, wenn Todesstrafe in Frage steht, durch drei Richter erfolgen.
9. Jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Art, Maß und Organisation der Pflichtarbeit wird nach dem örtlichen Bedürfnis geregelt.

Kann hätte die Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen, bemühte sich die gesamte Reichspress, die Reichsleitung der Nazis in München, und interessanterweise auch der Oberreichsanwalt, die völlige Harmlosigkeit dieses Hochverratsmaterials zu beweisen. Letzterer stützte sich insbesondere darauf, daß in dieser Anweisung für die künftige SA-Diktatur steht, daß erst nach Überwindung der „Komune“ nach obigen Richtlinien verfahren werden soll. Wir fragen: Welche Töne würde dieselbe Presse wohl anschlagen und welche Maßnahmen der Oberreichsanwalt ergreifen, wenn ähnliche Beweismittel bei Kommunisten gefunden worden wären, niedergeschrieben für eine Zeit, in der sie, nach Überwindung des Dritten Reichs, mit allen Mitteln der Gewalt darangehen würden, unter der Autorität des roten Freikämpferbundes ihr Sowjetdeutschland auf Hunger und Blut zu gründen. Im vorliegenden Falle hat man trotz der Scheitern der Vorheimer Beweisstücke von Verhaftungen abgesehen. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat sich der Oberreichsanwalt entschlossen, die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu beantragen.

Es hätte dieser erneuten Demaskierung des deutschen Faschismus wirklich nicht bedurft, denn die Blutschand der Nazis hat in zahlreichen Orten Deutschlands genügend Opfer gefordert. Daß die Fememörder, die mit Hilfe der kommunistischen Reichstagsfraktion befreit wurden, als Führer von SA-Kolonnen sich betätigen, beweist hinreichend die menschenfreundlichen Absichten der Nazis. Unvergessen sind ferner die Hinweise vom „Körperrollen“ und die zahlreichen Reden des Reichsministers Fried, der in Frankfurt an der Oder am 30. Oktober d. J. unter dem rufenden Beifall der sogenannten „rauhem Krieger“ erklärte, daß 24 Stunden nach ihrer Machtergreifung der Marxismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde, wobei natürlich einige hunderttausende von kommunistischen Führern zu Schaden kommen würden. Auch hier fanden sich bisher weder Richter noch Gerichte, die gegen diese Mordbegehung eingeschritten wären. Die fortgesetzten Egalitätsbeide der Hitler, Fried und Göring haben doch nur Wert für politische Unmündige, die sich freilich, allem Anschein nach, bis in die höchsten Stellen der Justiz, der Verwaltung und der politischen Führung finden. Die Vertrauenswürdigkeit in der Nazi-Führung, die von der Eroberung der politischen Macht auf legalem Wege redet, aber nicht verhindern kann oder nicht verhindern will, daß ihre Unterführer illegale Diktaturmaßnahmen bis ins einzelne vorbereiten, wird offenbart in dem Putschplan. Die Sturmkolonnen der SA werden geradezu nach der von ihnen erwarteten Schreckensherrschaft, die Deutschland angeblich befreien soll.

Mit Arbeitsdienstpflicht, Hungernot, Feldgerichten und Massenerstickungen wollen sie nach diesen unwiderleglichen Dokumenten das Dritte Reich aufrichten. Das bedeutet für das gesamte deutsche Volk in nächster Zukunft ein furchtbares Blutbad und schließlich Auflösung des Reichs.

Glauben die Nazisführer mit ihrem Auhang wirklich, daß Millionen deutscher Republikaner sich diesen grauenhaften Zuchthausstaat so ohne jede Gegenwehr aufzwingen lassen?

Deutschland ist nicht Italien!

Das Vorheimer Dokument ist ein neues Beweisstück für die Putschpläne der SA. Niemand hätte solcher Plan entwidelt werden können, wenn die deutsche Arbeiterklasse seit 1918 sich nicht im politischen Meinungskampf gegenseitig geschwächt hätte. Noch ist es nicht zu spät!

Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Gewerkschaften aller Richtungen stehen in geschlossener Front zusammen gegen alle Putschisten von rechts und links. Wer den Bürgerkrieg ablehnt und auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung eine Gesundung der Verhältnisse in Wirtschaft und Staat erstrebt, der muß unverzüglich sich diesem stärksten republikanischen Block anschließen, denn nur an dem Widerstand dieses republikanischen Blocks, wenn er entschlossen ist, seine ganze Kraft einzusetzen, können die Pläne der Putschisten zerfallen. Der vorzeitig enthüllte Diktaturplan muß zum Signal stärkster Aktivität, zum Auftakt breiter Aufklärungsarbeit werden.

Schließen sich die Millionen Männer, die in den Gewerkschaften organisiert sind, darüber hinaus im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in dem freiwilligen Schutzbund der Deutschen Republik

zusammen, dann werden Pläne wie die von Vorheim und die der Harzburger Front bald der Vergangenheit angehören.

Es ist aber ein auf die Dauer unmöglicher und politisch unerträglicher Zustand, daß die Schutzorganisationen der deutschen Republik von der Justiz und den Behörden unter das Ausnahmerecht der Notverordnungen gestellt werden, die nur für die Feinde der Republik erlassen sein sollten.

Stärkt den Abwehrwillen! Seht der Front aller Staatsfeinde die eiserne Front aller Republikaner entgegen!

Gewerkschaften gegen Terror und Gewalt

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben sich in gemeinsamen Besprechungen mit der politischen und wirtschaftlichen Lage eingehend beschäftigt. In den Besprechungen waren beteiligt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der ADGB, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADBB), der Deutsche Beamtenbund (DBB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich) und der Gewerkschaftsring (G.D.).

Die Spitzenverbände wenden sich heute mit folgender gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit:

In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kreditstystems herbeigeführt.

Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredites ist die zentrale, wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie

sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der inneren Lage Deutschlands notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es sind zumeist die ärmsten Schichten des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen völkerverhetzenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbehaftung, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt!

Nationalsozialisten - kapitalistische Hilfstruppen

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei begann in diesen Wochen mit einer Offensive auf die Arbeiter in den Betrieben. Sie macht den Versuch der Gewinnung der Arbeiter in der gleichen Weise und nach den gleichen Methoden, wie ihn schon seit Jahren die Kommunisten unternahmen. In den diesbezüglichen Anweisungen der NSDAP. heißt es:

„Unsere Arbeit in den Betrieben ist gleichbedeutend mit einem Kampf um die letzten Restwerke eines mächtigen und zähen Feindes. Die Eroberung der Betriebe wird die größte historische Tat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei im Kampf gegen den Marxismus sein.“

Da es im offenen Kampfe nicht gelingen dürfte, den starken Gegner zu fällen, soll es mit hinterhältigen Methoden geschehen. Die Nationalsozialisten tunen deshalb ihr Kampfbziel, und die parteianliche Anweisung empfiehlt vorzugsweise eine „schmiegsame Taktik“. Das Warum wird so erläutert:

„... Da das Unternehmertum gewerkschaftsfeindlich ist, fänden die Nationalsozialisten bei flüchtiger Anwendung der Vernichtungstaktik“ ganz auf Seiten dieses auch von den bekämpften Unternehmern. Unsere taktische Lage wäre demnach in den Augen des Gegners (lies Gewerkschaften) sinnlos und das Ziel wüßter Anararchie.“

Die schmiegsame Taktik soll also das wahre Verhältnis der Nazis zum Unternehmertum, das dieser Partei die Mittel zur Bekämpfung der Gewerkschaften liefert, verdecken und nicht offenkundig werden lassen, worauf es ihnen in Wirklichkeit ankommt. Die Durchführung des Kampfbziales gegen die Gewerkschaften als einziger Stütze der Arbeiterklasse, ist der „Organisation der nationalsozialistischen Betriebszellen“ übertragen und geschieht nach einem

Partei-befehl von oben. Zu diesem Zweck werden auch gestaffelte Wochenbeiträge von 0,50 RM bis 1,50 RM verlangt, für die es aber keine Gegenleistung im Arbeitslosigkeit-, Krankheits-, Invaliditäts-, Sterbe- und Notfälle gibt. Wie dies die Gewerkschaften unter Kontrolle ihrer Mitglieder tun. Die Propaganda wird in Wort und Schrift unternommen. Es sollen zum Schein Lohnstreiks geführt werden. Wie demagogisch bei dieser Propaganda vorgegangen wird, geht aus nationalsozialistischen Flugblättern hervor, in denen es heißt: „Nieder mit dem Kapitalismus! Die Wirtschaft hat nicht den Bank- und Börsenfürsten, den Trust- und Konzernfürsten zur Ausbeutung und Ausraubung durch hohe Dividenden, riesige Bank- und Börsegewinne zu dienen... Darum fort mit diesen Ausbeutern! Nieder mit dem kapitalistischen Unrecht! Fort mit den liberalen Wirtschaftsführern vom Schläge der Silberberg, Springorum & Co.“

Kenner urteilen über die Hitlerpartei

„In der Tat hat die Sittenlosigkeit und allgemeine Korruption in der Hitler-Partei heute schon einen Grad erreicht, daß zahlreiche Männer und Frauen, die in Hitler den Erlöser unseres Volkes sahen, der Partei wieder den Rücken gekehrt haben. Von einem Nationalsozialisten wurde mir berichtet, daß Strasser, als man ihn deswegen anging, lachend äußerte: „Was wollen Sie? Wir sind heute so groß und so stark, daß wir jede Schweinerei in der Partei vertragen.“

Arthur Dinter im „Geistchristentum“, Heft 21 und 22.

Kenner urteilen über die Hitlerpartei

„Kurz und gut, die Partei ist innerlich völlig zerrotet und urrupt, sowohl auf organischem als auch auf sachlichem und geistlichem Gebiete. Das Wesentliche von der Partei ist die Reklame. So wie die Juden ihre weißen Wochen machen oder ihre Saisonverkäufe, so empfiehlt sich in seinem Blatt Herr Hitler als zukünftiger Diktator und annonciert Bilder von sich zum Preise von 13,50 RM auf Ratenzahlungen. Wahrscheinlich, um zu zeigen, daß er Führer einer Arbeiterpartei ist. Kurz gesagt, es ist ein Saustall...“

Hellmuth von Mücke, ehemals Nazifraktionsführer in Sachsen.

Nationalsozialisten gegen Betriebsräte

Der nationalsozialistische „Stürmer“ in Nürnberg veröffentlicht in Nr. 16 (Jahrgang 1930) folgendes Gedicht:

„Euer Feind ist nah,
Weil Hitler lebt,
Das Betriebsratssterben da,
Weil's Dritte deutsche Reich ersteht.“

Ja, sie heucheln sogar noch breiter in der Werbeschrift der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation im Gau Magdeburg-Anhalt, „Arbeit und Brot“. Dort heißt es unter dem Titel: Der Verrat an der Arbeiterschaft:

„Lohnabbau“ auf der einen Seite und Arbeitszeitverlängerung auf der anderen Seite, sind heute die stets gleichbleibenden Parolen des Unternehmertums. Und die Gegenwehr der Arbeiterschaft, ihre Organisationen? ... Ein Vorgehen wäre es, wollte man dem Arbeiter an diesem Zustand die Schuld geben. Eine bessere, opferwilligere Gruppe als den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hat es nie gegeben, das wollen wir voranstellen. Schuld trägt einzig und allein die Führung der Gewerkschaften. Die Führer sind zu sehr verflochten mit den kapitalistischen Kräften ... und so weiter ...

Dieser angeblichen Kampf gegen das Unternehmertum verleiht eine Partei den Arbeitern mit starken Worten vorzutäuschen, deren Führer bei den Bank- und Börsenfürsten, bei den Krust- und Kongernkönigen Vorträge halten und um Geld schmoren, deren Führer sich kürzlich in Garzburg mit der kapitalistischen Reaktion gegen die Arbeiterschaft verschworen. Die Führer der Nationalsozialisten, die in den Flugblättern sich gegen die Kapitalisten demagogisch ausstoben, um Arbeiter zu betören, praktizieren nicht nur mit den Unternehmern, sondern sie sind ihnen dienbar, weil sie anrüchlichen Mammon für Parteizwecke erhalten und der Reaktion ihre Kruppen zur Verfügung stellen, wie das in Garzburg offensichtlich geschah. Gibt es wirklich Arbeiter, die dieser Heuchelei gegen das Unternehmertum Glauben schenken können. Wir möchten das bezweifeln.

Wenn man diese Texte genauer liest, erkennt man ja auch den Pferdefuß, es geht gegen die Gewerkschaftsführer, die wohl um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Unternehmern im Geiste von Unparteilichkeit handeln, aber noch nie mit Bank- und Börsenfürsten, mit Krust- und Kongernkönigen, mit Hohenzollernsprößlingen, Bringen und Bringeninnen, Generalen, Geheimräten und Gellengen Frey- und Sautgelage hatten, Abmachungen wie in Garzburg trafen und dort ihren Absichten gegen die Arbeiterschaft freien Lauf ließen, wie das Hitler und seine Parteibonzen taten.

Die Nazipropaganda in den Betrieben ist wie die kommunistische auf Insamierung der Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteiführer eingestellt. Die Kommunisten betreiben dieses üble Handwerk seit mehr als dreizehn Jahren und haben damit den Nationalsozialisten ein großes Stück Weg gangbar gemacht. Die Gewerkschaften erlitten dadurch wohl keine Rückschläge; aber sie sehen noch. Es wird ihnen auch gelingen, dem nationalsozialistischen Antium standzuhalten, wie sie dem kommunistischen standgehalten haben. Die Arbeiter in den Betrieben, und zwar nicht nur die organisierten, sehen doch auch, was gespielt wird. Sie begreifen, daß eine Partei wie die nationalsozialistische — trotz ihres Namens — mit den Arbeitern nichts zu tun hat, daß diese auch den Arbeitern in ihrem Kampf gegen das Unternehmertum nicht beistehen wird. Sie erkennen auch, daß eine Partei, die von Unternehmern Geld erhält, den Kapitalisten schützt, nicht Arbeiterforderungen durchsetzen hilft. Und wer von den Arbeitern und Arbeiterinnen selbst die offenkundige Heuchelei und Demagogie der Nationalsozialistischen Partei noch nicht zu durchschauen vermag, wird sicher belehrt, wenn er vernimmt, wie Hitler die Arbeiter verachtet. Nach dem „Nationalen Sozialist“ vom 21. Mai 1930 sagte er in einer Unterredung mit Dr. Otto Straßer:

„Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale, und wir werden nie damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die nicht wie sie von irgendeiner Mitleids-

moral getrieben wird, sondern sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen, und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechterhält und fest.“

Hitler, Prinz August Wilhelm von Preußen, der Pastor Wilmshäuser, Oberst Böhm, General von Dießmann, General von Epp, General von Liebert, Kapitänleutnant von Kiliinger gehören neben vielen anderen zur Auswahl der neuen Herrenschicht, die nach Meinung Hitlers das Recht hat, zu herrschen, und von der selbst Mussolini in der Monatszeitschrift „Gleichheit“ schrieb: „Es sind Vertreter der Militärlaste, die Generationen hindurch Deutschland mitregierte, es in die Katastrophe von Versailles führte und jetzt mit Hilfe einer nationalsozialistischen Propaganda, die ausschließlich ihren Interessen dient, versucht, den politischen Boden und die wirtschaftliche Macht wieder zu erlangen ...“

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin kann versichert sein, daß es den Nationalsozialisten nur darum zu tun ist, die Herrenschicht an die Macht zu bringen, als das Unternehmertum zu bekämpfen und den Arbeitern zu helfen, wie in den Flugblättern zu lesen ist.

Bei anderen Gelegenheiten wird das ja auch offen zugegeben. Dr. Wagner, ein führender Wirtschaftspolitiker der Nationalsozialisten und Verbindungsmann mit den kapitalistischen Geldgebern, erklärte als eine der ersten Aufgaben, wenn die Nazis zur Macht gelangten,

„die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht, die Befreiung der Wirtschaft von allen ungeliebten Lasten, also vor allem: Befreiung des Zolls- und Schutzwesens, der Arbeitslosenversicherung, der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, des gesamten Fürsorgewesens.“ Die Arbeitnehmer müßten sich ihre Rücklagen selbst schaffen, wofür in den Betrieben und Produktionsstätten Zwangssparfassen für Arbeiter eingeführt würden.“

Das ist also das eigentliche Ziel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Den Arbeitern die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, Errungenschaften und Notwendigkeiten sowie die politische Freiheit nehmen, damit die Unternehmer freie Hand zum Lohnraub und zur stärkeren Ausbeutung der Arbeiterschaft bekommen und damit eine „Herrenschicht“ zur Macht und zur Diktatur kommt. Das würde ja schlimmer werden, als in den Zeiten der Monarchie, das wäre ja dunkelstes Mittelalter. Und dazu sollen Arbeiter, Angestellte und Beamte der Hitlerpartei verhelfen? — Wir halten diese Schichten nicht für so dumm, daß sie den Entrechtern die Waffen in die Hand geben.

Die Arbeiterschaft muß sich aber auch klar werden, daß sie die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht zu fürchten hat, wenn sie ihrer Tradition treu bleibt und nur die Methoden und die Waffen der organisierten Arbeiterschaft anwendet, die bisher zum Erfolg führten.

Die Arbeiterschaft setzte sich unter den ungeheuren Ansehensgeschehen von 1878 bis 1890 nur mit geistigen Waffen und nicht mit blutigem Terror und Attentaten zur Wehr und siegte damit über Bismarck. Die Arbeiterschaft wählte ihr Koalitionsrecht, sah sich in Jahrzehnten ohne jeglichen Druck auf Andergefinnte ihre machtvollen Organisationen, kam damit vorwärts, schob ohne Schwertstreich und ohne Flintenfugel starke Mächte zur Seite und festigte ihre Position.

Ihr stetiges Vorwärtsschreiten war nur auf die Anwendung geistiger Waffen als Kampfmittel zurückzuführen. Darin lag ihre unüberwindliche Kraft und Stärke. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Solange die deutsche Arbeiterbewegung geeint und geschlossen nur mit geistigen Waffen kämpft, kann ihr kein noch so entmenschter und brutaler Gegner gefährlich werden. Das schließt keineswegs aus, daß sie sich in der Nacht nach der legalen Macht-ergreifung durch die Nazis, die bekanntlich nach diesen die Nacht der langen Messer werden soll, den SA-Horden wehrlos ausliefert. Wehrlos haben Naziführer ausgesprochen, nach ihrem Sieg müßten einige Zehntausend marxistische Funktionäre auf bestialische Weise ermordet werden. Köpfe müßten rollen. Das beabsichtigen die Nationalisten sicherlich nicht aus Liebe zur Arbeiterschaft. Mit den Funktionären wären auch die Rechte, Errungenschaften und Freiheiten der Arbeiterschaft gemordet. Das haben die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bedenken.

Deshalb politischen Streit beiseite. Die vorhandenen Rechte und Freiheiten wurzeln im republikanischen System. So wie die französischen Arbeiter ihre Republik viermal auf den Barrikaden verteidigt haben, so geschlossen muß die deutsche Arbeiterschaft an dem Tage die Abwehr betreiben, an dem der Faschismus mit der Ermordung der marxistischen Funktionäre die Arbeiterschaft niederschlagen will.

Das Lohnproblem im Wirtschaftsleben

Von Gustav Niemann. (Auszug aus einem Rundfunk-Vortrag.)

Der Inhalt der Lohnsätze ist für den einzelnen Lohnempfänger von schicksalhafter Bedeutung. Da nun der größte Teil der Erwerbstätigen innerhalb des deutschen Volkes Lohn- und Gehaltsempfänger sind, so bestimmt die Lohnsätze auch das Lebensschicksal des größten Teiles unseres Volkes, dessen Lebenshaltung, dessen Lebensführung, dessen soziale Stufenordnung. Wenn auch das viel zitierte Wort „Die soziale Frage ist eine Magenfrage“ dem Gesamtproblem nicht ganz gerecht wird, so wird darin doch eine unbedingt notwendige Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage angedeutet.

Nach der letzten Berufs- und Betriebszählung waren in Deutschland 1925 19,7 Millionen Arbeitnehmer, denen nur 5,4 Millionen Selbständige gegenüberstanden. Etwa 20 Millionen Arbeitnehmer, die mit ihren Familienangehörigen zwei Drittel des deutschen Volkes ausmachen, sind als Arbeiter gegen Lohn oder als Angestellte und Beamte gegen Gehalt beschäftigt. Wohl und Wehe, Familien- und Lebensglück, Gesundheit und Lebensfreude des größten Teiles unseres Volkes hängt davon ab, ob ihr Lohn ausreicht, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu beschaffen. Für den Lohn hierfür nicht ausreichend, so entsteht ein Notstand, der bei längerer Dauer Unterernährung, Krankheit, Verklumpung, Verwahrlosung herbeiführt und das an sich schon lange Lebensglück des arbeitenden Menschen vollends vernichtet. Erstreckt sich die Lohnlosigkeit auf einen größeren Kreis von Lohnempfängern, so wie es leider gegenwärtig in Deutschland der Fall ist — auf den größten Teil der Arbeitnehmer, so werden die daraus entstehenden sozialen Rückschläge zur Massenverelendung, eine allgemeine Entartung des Gesellschaftsorganismus herbeiführen. Die allgemeine Not führt zu lebensgefährlichen Ausschüben der Bevölkerung; Krankheitsepidemien finden durch die allgemeine Unterernährung den geeigneten Nährboden vor. Verelendete, Magenruher und Gehirnrücker setzen sich die Verbrechen nehmen zu; die Bande der Sittlichkeit lösen sich; die gesellschaftsgerichteten Tendenzen gewinnen die Oberhand.

Die Soziologen und Volkswirtschaftler von Bedeutung, gleichviel, welchen politischen oder sozialen Grundhaltungen sie zuneigen — ob konservativ, ob monarchisch-liberal oder sozialistisch — sind darin einig, daß für das Wohlergehen der gesamten Volksgemeinschaft ein auskömmlicher Arbeitslohn die notwendige Voraussetzung ist.

Der Inhalt der Lohnsätze ist aber auch von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Er entscheidet auch über die Kaufkraft des größten Teiles unseres Volkes. Er bestimmt nicht nur das Maß des Verbrauches an Lebensmitteln für den einzelnen und für die Gesamtheit der Lohnempfänger, er bestimmt auch gleichzeitig die Produk-

tionsmenge dieser Verbrauchsgüter. Der Inhalt der Lohnsätze ist auch gleichzeitig Arbeitgeber. Die Lohnsätze sind auch wirtschaftliche Kraftquelle, von der die Volkswirtschaft befruchtet wird. Wenn unsere Volkswirtschaft gegenwärtig so schwer darniederliegt, so doch hauptsächlich deshalb, weil die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger infolge von Lohn- und Gehaltskürzungen, infolge des Lohnausfalls wegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ihren Verbrauch so außerordentlich eingeschränkt müssen. Mit der Einschränkung des Verbrauches infolge des verringerten Lohnvermögens, mit dem Sparzwang, der von einem Teil unserer Wirtschaftspolitiker so sehr energig gefordert wird, schränken sie auch gleichzeitig die Produktion ein. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung hat die Senkung des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger 4 Milliarden Reichsmark im letzten Jahre betragen. Um annähernd die gleiche Summe ist das Lohnvermögen im 1. Halbjahr 1931 gesunken. Diese 8 Milliarden Reichsmark, die sich inzwischen noch weiter erhöht haben, konnten nicht als Kaufkraft, als Arbeitgeber auf dem Markte erscheinen. Für die Herstellung von Waren im Werte von etwa 8 Milliarden Reichsmark sind nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung annähernd 2½ bis 3 Millionen Arbeitskräfte erforderlich. Die ungeheure Arbeitslosigkeit unter der wir gegenwärtig leiden, hat zu einem sehr großen Teil ihre Ursache in der starken Einschränkung des Lohnvermögens.

Es sei hier gestattet, sich auf Henry Ford zu berufen, der in einem Standpunkt des Unternehmers in seiner Theorie der

mit der Faust gegen die Arbeiter

Im thüringischen Landtagswahlkampf im Jahre 1929 hielt der nationalsozialistische Abgeordnete und Gauleiter Sauekel in einer Versammlung in Heiningen eine Rede, an die die „Dresdener Volkszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 16. August 1930 erinnert. Nach diesem Blatt erklärte Sauekel u. a.:

„Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten. Die heutige Gesellschaftsordnung und die Wirtschaftsordnung muß erhalten bleiben. Das Privateigentum an beweglichem und unbeweglichem Kapital bleibt erhalten. Nur Juden dürfen keine besitzen. Die Nazis sprechen mit der Arbeiter mit Hilfe der Faust. Diese Sprache versteht er am besten. Die Nationalsozialisten sind stolz darauf, daß sie vollbrachten, was das Bürgertum in langen Jahrzehnten nicht schaffte: einzudringen in die Arbeiterschaft, um deren Organisationen zu zerstören.“

Sozialgesetzgebung — Erpressung

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete und Gauleiter Adolf Wagner (München), der Referent der Reichsparteileitung der NSDAP. für Gewerkschaftsfragen, erklärte am 4. Juli 1930 in einer Versammlung in München:

„Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!“

Die Sozialrentner und die Arbeiter haben sicher eine andere Auffassung.

Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!

Die Sozialrentner und die Arbeiter haben sicher eine andere Auffassung.

Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!

Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!

Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!

Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!

Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!

Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden!

Läuft die Bezugsdauer, wenn der Arbeitslose infolge Aufrechnung keine Unterstützung erhält?

In Nr. 48 des „Meramischen Bundes“, Jahrgang 1931, wurde die Frage aufgeworfen: „Läuft die Bezugsdauer, wenn der Arbeitslose infolge Aufrechnung keine Unterstützung erhält?“ Es wurde daraufhin versucht, daß die Unterstützungsperiode automatisch abläuft, sich ihre Dauer nicht verlängert, wenn infolge Aufrechnung keine Unterstützung zur Auszahlung gelangt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß auf Grund der vorgenannten Umstände aber eine Versicherung gegen Krankheit durch die Reichsamtalt zu erfolgen hat.

Die zur Diskussion gestellten Fragen haben nun bereits ihre Klärung gefunden. Im „Reichsarbeitsblatt“ vom 25. November, Jahrgang 1931, Seite IV, 483, wird eine Entscheidung des Senats vom 2. Oktober 1931 bekannt. Wiber. Erwarten kommt der Senat dort zu folgender Auffassung:

„Eine Zeit, während welcher infolge Aufrechnung des Einkommens die Unterstützung in vollem Umfang nicht gewährt wird, darf auf die Bezugsdauer der Unterstützung nicht angerechnet werden.“

Also: Bekommt z. B. ein Arbeitsloser wegen der Anrechnung von Einkommen 10 Wochen lang keine Unterstützung, so verringert sich dann die Unterstützungsperiode nicht um diese 10 Wochen, sondern wird vielmehr um diese Zeit hinausgeschoben.

Auf die Frage, ob der Arbeitslose während der Zeit, wo er keine Unterstützung wegen der Anrechnung erhält, gegen Krankheit versichert ist, ist nunmehr ebenfalls geklärt. Der Senat ist der Auffassung, wenn der Arbeitslose infolge der Anrechnung keine Unterstützung bezieht, so kann er auch nicht wegen Krankheit versichert sein.

In all diesen Fällen empfiehlt es sich also, daß der Arbeitslose sich für diese Zeit selbst gegen Krankheit freiwillig versichert. Lorena Poppe, Hannover.



Tariffündigungen in der Tafelglasindustrie

In einem Sprichwort wird festgestellt, daß „schlechte Beispiele gute Sitten verderben“. Dies kann man bei der Tariffündigung in der Tafelglasindustrie wohl behaupten.

In den wenigen Betrieben der handarbeitenden Tafelglasindustrie, vor allen Dingen in der Karbenglasindustrie sind weitere Lohnverschlechterungen nicht gerechtfertigt, steht doch fest, daß infolge der Mechanisierung und der Ausschaltung der hauptsächlichsten Teile in der ehemaligen handarbeitenden Tafelglasindustrie die Löhne bereits tief unter dem Niveau von 1927 liegen.

In früheren Jahren wurden in der Tafelglasindustrie die Lohnverhandlungen immer unter dem Hinweis auf ausländische Konkurrenz geführt. Für die Handarbeit dürfte ausländische Konkurrenz überhaupt nicht mehr in Frage kommen oder in so geringem Ausmaße, daß die Lohnbildung davon nicht berührt werden kann.

Gegen die unerträgliche Zunahme der Einkommensverhältnisse der Beschäftigten in der handarbeitenden Tafelglasindustrie werden wir uns mit aller Entschiedenheit wenden und hoffen, daß die Arbeitgeber oder auch Schlichtungsstellen selbst an Hand unserer Darlegungen zu dem Ergebnis kommen werden, daß weitere Lohnverschlechterungen ungerechtfertigt sind, da sie jeder tarif- und wirtschaftspolitischen Grundlage entbehren.

Noch verwunderter muß man über die Aufündigung der Lohnstarife der mechanischen Tafelglasindustrie sein. Ein Industriezweig, der Tausenden von Arbeitern durch Mechanisierung Brot und Lohn genommen hat, will bei den wenigen noch Beschäftigten die Löhne weiter verschlechtern, obgleich dieselben bereits bei der Krisisjahrslohnbewegung um 6 bis 8 Prozent durchschnittlich herabgesetzt worden sind und in keinem Verhältnis zu oberrangigen Arbeitsleistungen stehen.

Die Tafelglasindustrie wird wie in anderen Industriezweigen sehr stark bei Begründung ihrer Ansprüche auf Lohnherabsetzung auf die englische Rundreise resp. Einführung des Wertlozes Bezug nehmen. Wir möchten deshalb gleich hier daran erinnern, daß die Tafelglasindustrie davon nicht so hart getroffen wird wie andere Industriezweige. In England arbeitet nur ein Betrieb im modernen Verfahren. Die erreichte Produktion von rund 800.000 qm im Jahre kann durch Frachtparazits usw. abgesetzt werden, trotzdem ein Preisausschlag von 25 bis 30 Proz. gegenüber importiertem Glas besteht. Wird im Augenblick für importiertes Glas nur der englische Preis gewährt, so ist ungefähr die Differenz, die im Abgelenken des Pfandes liegt, angefallen. Außerdem haben die englischen handelspolitischen Behörden inzwischen bekanntgegeben, daß für importierte Waren bis zu 15 Proz. des Wertverhältnisses des Pfandes getragen werden soll. Es ist dies der Prozentsatz, um den im allgemeinen die Preise in England bereits angehoben haben.

Es steht demnach auch für die mechanische Tafelglasindustrie fest, daß Lohnverschlechterungen sich wirtschafts- und tarifpolitisch nicht begründen lassen.

In diesem Zusammenhang wollen wir hier noch einmal öffentlich die Frage aufwerfen: Was geschieht endlich mit den angestrebten Arbeitszeitregelungen zum Zwecke von Neuinstellungen von Arbeitskräften? Der Arbeitgeberverband wehrt sich gegen die Einführung des Vierachtentages mit aller Entschiedenheit, und zwar hat er ja in diesem Zusammenhang unlängst die Frage aus dem Saal gelassen, indem er erklärte, eine andere Arbeitszeitregelung, als jetzt in den Betrieben bestehend, kann nicht eintreten, damit die Lohnsätze nicht verfallen. Man weiß ganz genau, daß wenn die Löhne trotz überlanger Arbeitszeit einen Standard erreicht haben, wo die Existenzverhältnisse schon gefährdet sind, eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr eintreten kann. Es steht demnach fest, daß mit den fortgeschrittenen Ansätzen auf die Lohnstarife in der mechanischen Tafelglasindustrie und deren Herabsetzung auf ein unmögliches Niveau dazu dienen soll, die 56stündige Arbeitswoche für alle Zeiten zu sanktionieren. Vielleicht gehen sich die Behörden und auch die Schlichtungsstellen die Angelegenheit einmal von diesem Standpunkt genauer an.

Erledigte Lohnunterschiede

Vor einigen Wochen entstanden in der Bunzlauer Glasfabrik Menzelhütte, vormalig Carlswerk in Bunzlau, zwischen Betriebsführung und Belegschaft Lohnunterschiede.

Die im Frühjahr neugegründete Gesellschaft hat angeblich mit außerordentlichen Abgabewirklichkeiten zu kämpfen.

Die Preise für die Trockenplattenprodukte sind durch die nicht im mer einwandfreien Angebote zur Gefahr für die Facharbeiter geworden. Die Arbeitgeber geben an, daß bei diesen Preisangeboten Aufträge fast nicht mehr hereinzu nehmen sind.

Schon längere Zeit mußten die Facharbeiter und auch die Hilfsarbeiter zeitweise ansitzen.

Schließlich trat die Betriebsleitung an die Belegschaft heran, in 10 Prozent Lohnabbau einzuwilligen, um Aufträge heranzubringen zu können. Dies wurde von der Betriebsvertretung als auch vom Keramischen Bund abgelehnt, da ja noch ein Tarifvertrag bestand.

Nunmehr trat die Betriebsleitung mit den Angehörigen des Reichsverbandes Vaterländischer Arbeiter (Selben) in Verhandlungen, und besuchte auch mehrere Versammlungen dieser Arbeitervertreter.

Man erreichte hier, daß diese Grube ein Zugeständnis von 6 Prozent für die Hilfsarbeiter und 8 Prozent für die Facharbeiter machte.

Damit war jedoch die Angelegenheit noch nicht erledigt, sondern man mußte ja schließlich auch noch die Arbeiter haben, die für den Lohn arbeiten sollten.

Es wurden nunmehr Witten herangezogen, in welche sich die Kollegen einschreiben sollten, welche bereit waren, für 6 Prozent bzw. 8 Prozent billiger zu arbeiten, man wollte dann unter Ausbaltung der organisierten Kollegen den Betrieb aufnehmen, im Notfall andere Facharbeiter von auswärts heranziehen. Es fanden sich jedoch nicht allzuviel Kollegen, die den Verrat an ihren Kollegen ausüben wollten, und man wandte sich wieder den Gewerkschaften zu und rief die Stadt um Hilfe an, da diese auch bei der Finanzierung des Betriebes im Frühjahr helfen mußte. Vorjählich hatte man auch die Stilllegung des Betriebes angemeldet wegen Auftragsmangel, der ja teilweise

auch bestand, um uns sagen zu können, wenn ihr nicht wollt, dann wird der Betrieb geschlossen.

Bei den Verhandlungen mit den städtischen Körperschaften wurde nunmehr beschloffen, ein freiwilliges Schiedsgericht einzusetzen, dessen Spruch sich beide Teile zu unterwerfen hatten. Den Vorsitz hatte dankenswerterweise der Landgerichtsdirektor Dr. Groß, Görlitz, übernommen, der schon mehrfach die Verhandlungen der Glasindustrie leitete.

Am 20. November tagte nunmehr dieses Schiedsgericht in Bunzlau. Arbeitgeber, wie die Vertreter der Gewerkschaften trugen nunmehr ihre Belange vor. Die Arbeitgeber erklärten, von ihren Forderungen nicht heruntergehen zu können, da sonst die Existenz des Betriebes gefährdet sei. Der Vertreter der gelben Gewerkschaft (Friede, Werk, Schütte) erklärte hierbei, man müsse doch die Vorklage der Betriebsinhaber anerkennen und die Firma durchhelfen, wenn es ihr schlecht ginge; die Forderung der Arbeitgeber sei berechtigt, man solle zu dem angebotenen Lohnabbau arbeiten, bis es wieder einmal besser ginge; dann könnten die Löhne ja wieder heraufgesetzt werden.

Kollegen, so sieht der Vertreter der gelben Gewerkschaft aus. Deutlicher kann wohl nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden, wie sehr diese angebliche Arbeitnehmerorganisation und ihre Vertreter mit den Arbeitgebern verbunden sind. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben in der Verhandlung diesem Herrn deutlich das Verwerfliche seiner Handlungsweise seinen Kollegen gegenüber zum Ausdruck gebracht, so daß er es beinahe vorgezogen hätte, aus dem Verhandlungsraum zu verschwinden, was auch das Beste gewesen wäre.

Streikende werden erschossen!

Im Reichstagswahlkampf 1930 erklärte der nationalsozialistische Führer Gregor Strasser in einer Versammlung in Leipzig:

„Zehn Gesetze haben den ganzen Dreck auf. Landesverräter werden gehängt, Streikende werden erschossen. Und es wird nicht viele geben, die sich dieserhalb an die Wand stellen lassen.“



Gillitose als Berufsfrankheit

Nachstehend einige Angaben über die internationale Regelung der Gillitose als Berufsfrankheit:

Als eine Folge der ständigen Bemühungen der Internationalen Föderation der Keramarbeiter und der anderen beteiligten internationalen Sekretariate hat die 15. Internationale Arbeitskonferenz im Juni d. J. folgende Entscheidung angenommen:

„Da der von der Konferenz anlässlich ihrer Tagung von 1925 eingesetzte Ausschuss für Berufsfrankheiten angeregt hat, den Verwaltungsrat zu veranlassen, auf die Tagesordnung einer der nächsten Tagungen der Konferenz, wenn möglich im Jahre 1926, die Frage der Ausarbeitung eines neuen, ergänzenden Abkommens zu setzen, das eine Liste der Berufsfrankheiten enthält, die den in dem Abkommen von 1925 erwähnten angefügt werden könnten,

eine solche Liste von Berufsfrankheiten und von Giftstoffen vom Korrespondierenden Ausschuss für Gewerbehygiene des Internationalen Arbeitsamtes gelegentlich seiner Tagung vom 16. bis 18. April 1928 aufgestellt worden ist,

da diese Liste dem Verwaltungsrat amtlich übermittelt worden ist und von ihm in seiner Sitzung vom 25. April 1928 zur Kenntnis genommen wurde,

da aber die Aufnahme der Gillitose in diese Liste vom Korrespondierenden Ausschuss für Gewerbehygiene zurückgestellt wurde bis zum Bekanntwerden der Ergebnisse neuer wissenschaftlicher Untersuchungen in verschiedenen Ländern,

da die Gillitose nicht nur auf nationale, sondern auch auf internationale Gebiet Gegenstand derartiger Untersuchungen gewesen ist, z. B. auf dem Internationalen Kongress der Berufsfrankheiten (Lyon, April 1929), und auf der Internationalen Gillitosekonferenz Johannesburg, August 1930,

da die letztgenannte Konferenz den Grundsat aufgestellt hat, daß vom medizinischen Standpunkt aus die Gillitose eine Berufsfrankheit darstellt, die eine Verminderung der Arbeitsfähigkeit nach sich ziehen kann,

und da die Ergebnisse der Internationalen Gillitosekonferenz vom Internationalen Arbeitsamt den Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden sind,

erlaubt die zu ihrer 15. Tagung versammelte Internationale Arbeitskonferenz den Verwaltungsrat, die Frage der Aufstellung einer erweiterten Liste der Berufsfrankheiten, einschließlich hauptsächlich der Gillitose, falls tunlich, auf die Tagesordnung einer der nächsten Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz, und zwar möglichst der Tagung des Jahres 1932, zu setzen.“

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat auf seiner 55. Tagung im Oktober d. J. darüber beraten, welche Maßnahmen zur Durchführung dieser Entscheidung ergriffen werden sollen. Die Entscheidung soll bezwecken, daß der Liste der entschädigungspflichtigen Berufsfrankheiten in dem bereits bestehenden internationalen Abkommen über die Entschädigung von Berufsfrankheiten die Gillitose beigelegt wird. Das Internationale Arbeitsamt weist darauf hin, daß in bezug auf die wissenschaftliche Durchleuchtung des Problems heute auf Grund zahlreicher Untersuchungen in vielen Ländern schon positiv gesagt werden kann, daß es besondere spezifische Merkmale dieser Krankheit gibt. Dagegen hat man in gewissen wichtigen Industrieländern Europas bis jetzt solche Untersuchungen in ausreichendem Maße nicht durchgeführt, und man ist dort noch weit davon entfernt, über die Gillitose der gewerblichen Arbeiter eine einheitliche Meinung zu haben.

Vom internationalen Standpunkt aus kann man jedoch sagen, und das wird insbesondere vom Internationalen Arbeitsamt betont, daß die wissenschaftliche Klärung der Frage soweit vorgeschritten ist, daß ihre Aufnahme in die Liste der entschädigungspflichtigen Berufsfrankheiten bald erfolgen sollte.

Die von der Konferenz angenommene Entschädigung erlaubt den Verwaltungsrat, zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, die Frage auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1932 zu setzen. Da jedoch die Tagesordnung für die Internationale Arbeitskonferenz von 1932 bereits feststeht, kann diese Frage im nächsten Jahr nicht mehr behandelt werden. Andererseits ist die voraussichtliche Tagesordnung der Internationalen

Die Vertreter der freien Gewerkschaften brachten immer wieder zum Ausdruck, daß die Löhne nicht mehr zu senken seien.

Das eingeschickte Schiedsgericht entschied nach mehrstündiger Verhandlung folgendes:

Die Löhne der Facharbeiter werden für den Monat Dezember um 4 1/2 Proz., und die der Hilfsarbeiter um 3 Proz. gekürzt.

Für die Monate Januar bis März für die Facharbeiter 7 1/2 Proz., und die Hilfsarbeiter 5 Proz.

Sollten durch Vorkräftigung die Löhne insgesamt gekürzt werden, dann sind diese Kürzungen in Anrechnung zu bringen.

Kollegen, wenn es auch nicht ganz gelungen ist, die Forderungen der Arbeitgeber abzuwehren, so war es doch möglich, durch unser Eingreifen die Forderungen um die Hälfte zu kürzen, anstatt der 6 Proz. nur 3 Proz., und anstatt 5 Proz. nur 4 1/2 Proz. Die Beträge werden von der Arbeiterkassette gewiß sehr vermisst werden, wenn man jedoch bedenkt, wo die Taktik der gelben Organisationen hin führt, kann man zu der Ueberzeugung kommen, daß von dem Lohn der Arbeiter bald überhaupt nichts mehr übrig bleibt, viellecht mit Ausnahme derer, die solche Forderungen der Arbeitgeber an Verhandlungsstisch als Arbeitnehmervertreter auch noch unterstützen.

Es ist höchste Zeit, dieser Gesellschaft den Rücken zu kehren

Internationale Hohlglasverhandlungen

Wie berichtet wird, finden am 11. Dezember in Paris internationale Verhandlungen der Hohlglasindustrie statt, an denen die deutsche, tschechoslowakische und belgische Industrie beteiligt sind. Zweck dieser Verhandlungen ist eine Preisvereinbarung, auf deren Grundlage die Hohlglaseinfuhr nach Frankreich aus den beteiligten Ländern möglich gemacht werden sollte. Es handelt sich um ein ähnliches Abkommen, wie es kürzlich die deutsche, französische, belgische und tschechoslowakische Porzellanindustrie getroffen hat.

Bapenburg

Am 14. November hat die Glashütte Bapenburg ihren Betrieb vollständig stillgelegt. Schon Wochen vorher hatte die Betriebsleitung an die Kollegen das Aufhören gestellt, einen zweiten, jetzt schon zweiten Lohnabbau anzubahnen. Die Belegschaft hat das Anhalten der Betriebsleitung abgelehnt. Wie lange der Betrieb geschlossen bleiben wird, wissen wir nicht. Die Firma hat seit langem Produktions einschränkungen vorgenommen. Von den beiden Seiten war in den letzten Jahren nur der Hofeisen in Betrieb, der seit Juni vorigen Jahres nur mit einer Schicht, und vorübergehend mit einigen Aushilfsstellen besetzt war.

Arbeitskonferenz im Jahre 1933 schon sehr umfangreich. Aus diesen Gründen hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes vorgeschlagen, die Beratung dieser Frage für die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1934 in Aussicht zu nehmen.

Dieser Beschluß stellt zweifellos einen weiteren Schritt zur internationalen Regelung der Entschädigung und Anerkennung der Gillitose als Berufsfrankheit dar. Wir sind jedoch der Meinung, daß der soziale Fortschritt auch auf diesem Gebiet im Hinblick auf das zeitraubende Verfahren etwas zu langsam marschiert. Ich betrachte es daher in meiner Eigenschaft als internationaler Sekretär als meine Aufgabe, gemeinsam mit den anderen beteiligten internationalen Sekretariaten dafür zu sorgen, daß die Internationale Arbeiterorganisation diese Frage nicht in den Hintergrund drängen läßt.

Duisko Apel.

Torgau. Eine Lohnschande

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß.“ Immer wieder besetzen sich die maßgebenden Führer der Reichspolitik, Herr Brüning und Herr Stegerwald, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß die einheitliche Belastung der breiten Massen des Volkes nun ihren Höhepunkt erreicht habe. Kreise der Wirtschaftspartei und der Händler erklären ebenfalls neuerdings, daß die Kaufkraft des Volkes nicht noch mehr geschwächt werden dürfe, weil sonst der Konsum auf ein Minimum sinke. Die Arbeiterkassette ist längst davon überzeugt, daß mit Lohnabbau allein der Wirtschaft nicht geholfen werden kann, und sie ist der Meinung, daß die Praxis der Unterstützungsmaßnahmen, der Rentenkrümmung und des Lohnraubes im krassen Widerspruch zu den Worten des Kanzlers und des Arbeitsministeriums stehen. Noch bei den letzten Lohnverhandlungen in der feinkeramischen Industrie haben die Unternehmer versucht, die Argumente der Gewerkschaftsvertreter, die erwiderten Einzelheiten über das Elend der Porzellaner abzuwischen. Wir sind heute in der Lage, die Lohnkürze von zwei Kriegsbekämpften, die bei der Firma Steinquafabrik Villeroy & Boch in Torgau mit Absatzarbeiten im Nord beschäftigt werden, zu veröffentlichen. Diese beiden Lohnabrechnungen sind ein Dokument der Schande für die Firma. Die Lohnabrechnung verriet sich für zwei Wochen oder 96 Stunden.

Lohnabrechnung vom 2. Nov. bis 15. Nov. 1931.	
Gesamtabzüge:	Lohnbetrag 29,58 RM
Krankenkasse	—,90 RM
Arbeitslosenversicherung	—,87 RM
Abschlag	28,— RM 29,57 RM
	Nettolohnsumme —,01 RM
Lohnabrechnung vom 2. Nov. bis 15. Nov. 1931.	
Gesamtabzüge:	Lohnbetrag 31,72 RM
Krankenkasse	—,95 RM
Arbeitslosenversicherung	1,03 RM
Abschlag	28,— RM 30,58 RM
	Nettolohnsumme —,84 RM

In der einen Woche gibt man dem Arbeiter einen Abschlag, womit er sich notdürftig mit seiner Familie durchschlagen kann, und in der anderen Woche schenkt man sich nicht, ihm mit fage und schreibe 1 RM, bzw. 84 RM, in der Lohnkürze nach Hause zu schicken. Kommentator überläßt. Die hohen Löhne sind an der Wirtschaftskrise schuld. Eine bessere Illustration zu diesem Schlagwort gibt es nicht mehr.

Zu dieser Zeitbrist aus Torgau bemerken wir, daß uns das Verhalten der Firma Villeroy & Boch recht sonderbar vor kommt. Aber noch sonderbarer ist das Verhalten des Arbeiter rates, der doch verpflichtet ist, die Interessen der Arbeiter und auch der Kriegsbekämpften zu wahren. Warum bekümmert sich der Arbeiterrat nicht um die tariflichen Bestimmungen, die für die Bildung der Stückpreise im § 21 des Reichsarbeitsvertrages für die deutsche feinkeramische Industrie niedergelegt sind. Wenn die Akkordarbeiter mit Summen nach Hause gehen

müssen, wie sie in der Zuschrift genannt werden, dann können sich die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen bei ihren Preiskommissionen und bei dem Arbeiterrat bedanken. Hat die Preiskommission die Preise in der Fabrik für die Kriegsbeschädigten gemacht? Hat die Preiskommission zusammen mit der Betriebsleitung die Preise so niedrig gemacht, daß die Arbeiter wirklich mit 1 bzw. 84 Pf. in der Woche nach Hause gehen müssen? Wenn das der Fall ist, so hat die Preiskommission und der Arbeiterrat auch jetzt die Pflicht, diese Preise zu forcieren, und zwar so hoch, daß die beiden Kriegsbeschädigten die ihnen zustehende Arbeitslohn mindestens verdienen. Das sollen mittlerweile in Torgau alle Arbeiter und Arbeiterinnen wissen, und vor allen Dingen sollte es der Arbeiterrat wissen und auch danach handeln. Im Betriebsratsgesetz wird der Arbeiterrat ausdrücklich verpflichtet, über die Durchführung der tarifvertraglichen Bestimmungen zu wachen und die Interessen seiner Wähler, also der Arbeiter und Arbeiterinnen, zu vertreten. Wenn der Arbeiterrat in der Steingutfabrik in Torgau diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, so muß er abgesetzt werden. Aber in Torgau scheint es so zu sein, daß der Arbeiterrat bei Willkür und Völlerei lauter radikalen Phrasen und Gelächern das Nachliegende vergißt und unterläßt, nämlich die Interessen der Arbeiter zu wahren. Die Verleumdung sollte sich einmal ihren Arbeiterrat vorknöpfen und ihm erzählen, daß er lieber dafür sorgen soll, daß ihre Stückpreise richtig sind und weniger in Weltrevolution zu machen.

Im Verleumdungen besteht der Kampf der A.G.D.

Der A.G.D. ist es darum zu tun, daß von ihr geredet wird. Krampfhaft ist sie vor allem bemüht, daß die freien Gewerkschaften sich mit ihr befassen. Vernünftige Leute, die sich für sich sprechen, kann die A.G.D. nicht aufweisen, deshalb versucht sie allen möglichen Krampf, mit Lüge und Verleumdung. Das geht wieder einmal aus dem Organ der Fabrikarbeiter-A.G.D. in dem Artikel „Der Einheitsverband im Angriff“ hervor. In diesem Aufsatz, der vermutlich aus der Feder des A.G.D.-Rostfahrs Freina stammt, wird geschrieben, unter Kollegen Rügner hätte in einer Personalversammlung der Dreherei Rosenthal den Bankrott seiner Ideologie erkennen müssen. Die ganze Versammlung sei von den Ausführungen des Herrn Freinas begeistert gewesen. Wahr ist, daß mit Ausnahme einiger Phantasien die ganze Versammlung unserem Kollegen Rügner sehr uninteressant war. Freina hat dort seine Phantasien über die Gewerkschaften und die A.G.D. losgelassen, die aber nur noch ganz Vernarrte glauben. Mit seiner Hege zum Streik hatte er überhaupt keinen Erfolg, denn einstimmig billigten die Anwesenden das Verhalten der Funktionäre des Personalrats. Es wurde ferner auch abgelehnt, einen Vortrag Freinas über: „Die Ziele der A.G.D.“ entgegenzunehmen. Der Schmierfink behauptet, Rügner brücte sich um die Frage: „Wie verhält sich der Fabrikarbeiterverband, wenn die A.G.D.-Leute die Arbeit einstellen?“ Es wird sogar geschrieben, Rügner habe zugegeben, daß er gegen solche Streiks auftrat. Dies ist eine gemeine Lüge, denn Kollege Rügner hat klar geantwortet. Allerdings kann die nichtsagende A.G.D. dem Fabrikarbeiterverband nicht vorschreiben, was er zu tun hat. Freina hat ja selbst zugegeben, wenn es keine freien Gewerkschaften geben würde, würde die Arbeiterklasse auf einem viel tieferen Niveau stehen.“ Weiter wird in dem Aufsatz behauptet, Rügner wolle die Versammlung sprengen, indem er zum Verlassen der Versammlung aufforderte; dies war nicht notwendig, weil die Anwesenden Freinas Vortrag

Nazis sagen: Sozialrentner sind Faulenzer

„Die Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzhüner, die in den Wald gehen und Holz stehlen. Sie lockern bis früh 4 Uhr im Wirtschaftshaus herum und klopfen Stat.“

Naziabgeordneter Fall im Blauen Bezirkstag.

ablehnten. Die gestellte Frage, was mit dem Ausschluß der Kollegen Frenzel und Mertische aus dem Fabrikarbeiterverband geschehen ist, war für Rügner sehr brenzlich — ist ein Mißverständnis. Der Kollege Rügner hatte ja gar keine Veranlassung, diese Frage zu beantworten, weil er Freina mit seinen A.G.D.-Leuten keine Rechenschaft über sein Tun schuldig ist. Die Angestellten des Fabrikarbeiterverbandes haben von den jüngeren Rostfahrs gar nichts entgegenzunehmen, ganz besonders nicht von Freina, der unterschrieben hat, die Richtlinien des A.G.D. und die Satzungen des Fabrikarbeiterverbandes anzuerkennen. Der sich nicht scheute, trotzdem er nicht mehr Mitglied des Verbandes war, sondern befohlener Angestellter der A.G.D., beim Fabrikarbeiterverband Unterstützung abzuholen. Er hat es ja geschickt verstanden, seine Beiträge mit Zins und Zinseszinsen wieder herauszuholen; denn er leistete an Beiträgen 172,50 RM in der Zeit seiner Verbandszugehörigkeit und hat an Unterstützung 104,40 RM bezogen.

Die A.G.D. mit ihren Führer-Garnituren muß erst ihren Egoismus ablegen und beweisen, daß sie es besser machen können. Aber bisher haben sie das Gegenteil getan. Beweis: Sie haben sich billiger zu arbeiten angeboten, um wieder in den Betrieb zu kommen; ja, sogar entlassenen Kollegen sind sie in den Rücken gefallen.

Die Haupttätigkeit der A.G.D. in Selbst besteht im Phrasendreschen und darin, die verzweifelte Arbeiterschaft noch mehr in Not und Elend hineinzujagen und sie dann ihrem Schicksal zu überlassen. Kein Mitglied der A.G.D. hat Einsicht, wozu die Beiträge kommen und wozu sie verwendet werden. Anläßlich des Theaters in Erkersreuth (3 1/2 Tage passive Resistenz) zahlte die A.G.D. nach Aufzeichnungen in ihren eigenen Flugblättern an 80 ihrer Mitglieder 300 RM. Das ist pro Tag 1 RM. Diese Beträge behaupten, die Beiträge werden für politische Zwecke verwendet; außerdem erhalten die Angestellten auch Gehälter, und der Gehaltsaufwand ist im Verhältnis zu den Einnahmen bei der A.G.D. bedeutend höher als bei den freien Gewerkschaften.

Kollegen und Kolleginnen! Erkennt die verlogene Schreibe gegen die Gewerkschaften und die Angestellten. Nicht aus den Taten der A.G.D. die richtigen Schlüsse.

Ernte Gefahren drohen der Arbeiterschaft, deshalb muß unsere Parole lauten: „Einig und bereit sein“.

Holland

Einem Bericht des amerikanischen Konsuls in Rotterdam an seine Regierung in Washington zufolge wird in Doel van Holland in Kürze eine große Fabrik für die Herstellung von Steingut und anderen Keramikwaren errichtet werden. Ein entsprechendes Gelände soll bereits käuflich erworben worden sein. Die neue Fabrik wird, wie verlautet, mit belgischen Maschinen ausgerüstet werden, deren Installation belgische Fachleute besorgen. Das Werk, dessen Inbetriebnahme sobald als möglich erfolgen soll, wird eine anfängliche Beschäftigung von 500 Personen aufzuweisen haben, welche Anzahl bereits nach Ablauf eines Jahres auf das Doppelte gesteigert werden soll. Die Erzeugung soll im Inland sowie in den holländischen Kolonien abgesetzt werden.

bestens Ende 1920 oder Anfang 1930 merken mußte, daß etwas nicht stimmte.

Aber Arnold hat nicht geprüft, er hat nichts veranlassen wollen, denn seine Beteiligung an den D.W. hat ihm den Mund geschlossen. Wie eine Last muß das auf ihm gelegen haben. Er kannte Maifold und er fürchtete ihn, er wußte, daß Maifold und Elte sich einig waren in dem, was da geschah, er wußte um die Unregelmäßigkeiten und griff nicht ein. In diesem passiven Verhalten liegt eine Weisheit, gleichzeitig hat er sich durch die Unterlassung pflichtgemäßen Handelns der schweren Untreue schuldig gemacht. Er hat die Tat Eltes innerlich gebilligt und zu seiner eigenen gemacht. Auch Rudolph sen. hat die Steine entgegen seiner Behauptung gern genommen, auch er ist Mitläufer. Rudolph jun. ist zwar auch Betriebsführer, aber er hat nur das getan, was sein Vater wollte, er hat also nur Weisheit zu dem Betrug seines Vaters geleistet.

Der Angeklagte Dießing hat auch gewußt, daß die Angaben der Meister nicht stimmten. Was die Arbeiter wußten, sprach sich natürlich herum, er hat es wohl auch gesehen. Aber Dießing ist nicht der einzige, der an der Durchführung der Lieferungen mitgewirkt hat. Daß die übrigen nicht auf der Anklagebank sitzen, wäre zwar kein Grund gegen eine Verurteilung Dießings, aber zu seinen Gunsten spricht außerdem, daß er nicht stillschweigend mitgemacht, daß er vielmehr Elte mehrere Male gestellt hat, wobei ihm die übliche Erklärung abgegeben wurde. Er hat Eltes Befehle ausgeführt. Das Gericht ist deshalb nicht der Ansicht, daß er wesentlich Weisheit geleistet hat. Er wurde also freigesprochen.

Bezüglich der von der Anklage angenommenen Schwarzlieferungen hat das Gericht umfangreiche Beweise erhoben, aber allen verdächtigen Momenten ist entgegenzutreten, daß nach den Förderungsberichten des A.W. die gesamte Förderungsenergie herausgegangen ist. Auf die Unrechnungssituation hat das Gericht keinen Wert gelegt. Es bleibt zwar noch ein kleiner ungeklärter Rest, aber es muß gesagt werden, daß sich das Bild sehr zugunsten der Angeklagten geklärt hat. Deshalb erfolgte in dieser Beziehung Freisprechung.

Das Gericht nahm an, daß Arnold und Elte von Maifold bestochen worden sind. Im Falle Rudolph, der Handwaren und Bier gespendet hatte, wurde eine aktive Bestechung nicht angenommen.

Daß Maifold als Vorstandsmitglied der D.W. sich nicht an dem Geschäft mit Niedersdorf beteiligen durfte, befragt das Handelsgesetzbuch. Daß eine ausdrückliche Erlaubnis der Aktionäre vorgelegen habe, nimmt das Gericht auch nach der etwas gebundenen Erklärung vor dem Notar nicht als erwiesen an. Hier liegt also eine schwere Untreue Maifolds vor, zu der Straetraer sen. Weisheit geleistet hat. Auch den versuchten Betrug gegenüber der Verkaufsstelle Mittelde. Eisenwerke in Nordhausen hat das Gericht als festgestellt erachtet. Maifold hat zweifellos die Zahlen des gefälschten Verkaufsbuches benutzt, um seiner höheren Kontingenzforderung Nachdruck zu verleihen, ein vollendeter Betrug liegt jedoch nicht vor, da ein Kaufzusammenhang zwischen der Kontingenzbewilligung und den Fällszahlen nicht festgestellt ist.

Die Privatfälle Arnolds hat das Gericht als Ganzes, als eine fortgesetzte Handlung angesehen. Arnold ist in einem kaum vorstellbaren Maße von Eigennutz daran gegangen, überall etwas für sich herauszuschlagen, obwohl er außerordentlich günstige finanzielle Verhältnisse hatte. Die Autosfahrten waren zweifellos z. T. auch Vermögensgegenstände, aber hier wurde das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht festgestellt, denn Leuna war offenbar großzügig, es montierte nicht. Ebenso erfolgte Freisprechung in den Punkten Beschäftigung des Technikers Grimmel, Privatwerkstattdarben und Gesellschafter. Etwas ganz anderes ist es bei dem Abfallholz. Bei den Arbeiten in Arnolds Villa ist ein Teil Reparaturen und Malerarbeiten als berechtigt angesehen worden. Die Ein- und Umbauten dagegen, die Gartenumbestattung, Bau der Garage usw. wären von Leuna nicht gebilligt worden, oder Arnold hätte doch mindestens einen Teil davon selbst bezahlen müssen. Er hat also einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erworben und durch die Fällskontierung das Leunawerk getäuscht. Zwar hat das Haus eine Wertsteigerung erfahren, eine entsprechende Mieteigerung hat Arnold jedoch nicht gezahlt. Obwohl Arnold überhaupt keinen Anspruch auf Instandhaltung der Heizung hatte, hat das Gericht doch täglich zwei Stunden als subreptiv berechtigt von der Gesamtbeschäftigung des Arbeiters Müller in Abrechnung gebracht. Alles weitere, die Verwendung im Hausbau, im Garten, auf dem Pachtland ging über Arnolds Verfügung, darüber war er sich auch im klaren. Es wurde also auf einen fortgesetzten Betrug hier erkannt, Untreue hat das Gericht nicht angenommen.

Die Strafzumessung.

Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, daß Arnold und Elte leitende Stellungen hatten, daß sie sich beide eines großen Vertrauensbruchs schuldig gemacht haben. Das Verhalten Arnolds mußte demoralisierend auf Arbeiter und Angestellte wirken. In Maifold sieht das Gericht den Urheber aller Schiebung. Seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß Elte von seinem geraden, aufrechten Wege abgelenkt ist. Er ist skrupellos vorgegangen und hat Elte an den schwachen Stellen zu packen gewußt, er hat auch Arnolds seelische Verfassung erkannt und rücksichtslos ausgenutzt. Richter zu beurteilen sind die Angeklagten Rudolph auch deshalb, weil das Maß ihrer Beteiligung wesentlich geringer ist, ebenso liegt es bei Straetraer.

Da das Gericht gemäß dem Eröffnungsbeschuß und entgegen dem Antrag der Staatsanwaltschaft bei den Schiebung Einzelhandlungen angenommen hat, mußte auf Freispruch in verschiedenen Fällen erkannt werden.

Es wurden beurteilt unter Freisprechung im übrigen Regierungsbaumeister Franz Arnold wegen Weisheit zum fortgesetzten Betrug in Lateinheit mit schwerer Untreue und wegen fortgesetzten Betruges in einem Fall insgesamt zu 6 Monaten Gefängnis und 4000 RM Geldstrafe. Betriebsleiter Franz Elte wegen fortgesetzten Betruges in Lateinheit mit schwerer Untreue insgesamt zu 5 Monaten Gefängnis. Fabrikant Friedrich Maifold wegen fortgesetzten Betruges und schwerer Untreue und verurteilt Betruges zu 11 Monaten Gefängnis und 6500 RM Geldstrafe. Betriebsführer Carl Rudolph sen. wegen fortgesetzten Betruges an Stelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von 2 Monaten, 15 Tagen zu 3000 RM Geldstrafe. Ingenieur Carl Rudolph jr. wegen Weisheit zu fortgesetztem Betrug an Stelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von 1 Monat zu 600 RM Geldstrafe. Fabrikant Straetraer sen. wegen Weisheit zu schwerer Untreue an Stelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von 1 Monat zu 1200 RM Geldstrafe. Werkstattdarben Eduard Dießing II wurde freigesprochen. Die Kosten tragen, soweit Verurteilung erfolgt ist, die Angeklagten, soweit Freispruch erfolgte, fallen sie der Staatskasse zur Last. An Stelle der verhängten Geldstrafen tritt im Nichtbeitrugsfalle für je 50 RM ein Tag Gefängnis.

Damit traf das Gericht Personen, die als Könige in ihrem Reich, besonders über die Arbeiter, schalteten und walteten, wie sie wollten. Ihr Verhalten und ihre Taten sind jedoch Beweis dafür, daß es nur Menschen, kleine schwächliche, mit den Gesetzen in Widerspruch kommende Menschen, sind, die ihr Schicksal erreichen, weil sie das System so offenkundig für ihre Peinhatzwecke ausnutzen. Das System ist mit dieser Verurteilung nicht getroffen, nur die Personen.



Das System von Niedersachswerfen

An der Südseite des Harzes bei Niedersachswerfen stehen Gipfberge an, die vom Leunawerk ausgebeutet werden. Das Amoniawerk brachte Geld und Verdienst in die dortige Gegend, aber weniger für die Arbeiter als für die Geschäftsleute. Die Gipfberge wurden schon vorher ausgenutzt, aber nicht in der großzügigen Weise wie vom Amoniawerk. Dessen Vorgängerin war die Firma Otte, die ihre Abbaurechte, die sie von den Eigentümerinteressen gepachtet hatte, an das Amoniawerk abtrat. Die Firma Otte blieb aber trotz der Abgabe des Steinbruchs noch Interessent im Gipfgeschäft, sie schloß mit dem Amoniawerk einen Vertrag, nach dem sie 4000 Tonnen Gips jährlich für ihre eigene Fabrikation geliefert bekam. Neben der Firma Otte bekam auch die Firma Südmilch GmbH, Inhaber Karl Rudolph sen., Steine vom Amoniawerk-Steinbruch geliefert.

Eines Tages stellte sich heraus, daß die Leiter bzw. die Inhaber der genannten Werke die Interessen des Amoniawerkes mit den ihrigen verwechselt haben sollten. Es wurde Anklage gegen sie erhoben, und im Juni dieses Jahres standen vor dem Schöffengericht in Nordhausen als Angeklagte:

- Regierungsbaumeister Franz Arnold, Direktor der Amoniawerke in Niedersachswerfen;
- Franz Elte, Betriebsleiter bei der gleichen Firma;
- Friedrich Maifold und Straetraer sen., Fabrikanten und Mitinhaber der Deutschen Gipfwerke und Leiter der Firma Otte Nachf., Niedersachswerfen;
- sowie die Zeilhaber der Firma Südmilch GmbH: Karl Rudolph sen. und Karl Rudolph jun., Ingenieur, und Werkstattdarben Eduard Dießing II.

Die Anklage lautete auf Untreue, Betrug, aktive und passive Bestechung sowie auf Vergehen des Wettbewerbsgesetzes. Der Prozeß forderte allerlei Wissenswertes an den Tag. Das Wichtigste davon wollen wir auch unserer Leserschaft übermitteln, weil daraus hervorgeht, wie krank das System der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung ist.

Regierungsbaumeister Franz Arnold war nach seinen eigenen Angaben in seinem Hauptamt Leiter des Steinbruchs des Amoniawerkes und heimlich Mitinhaber der Deutschen Gipfwerke, die ihr Rohmaterial von dem Amoniawerk bezogen. Franz Elte der Betriebsleiter von diesem Betrieb war die Verbindung mit dem Fabrikanten Maifold, dem Mitinhaber der Deutschen Gipfwerke und Leiter der Firma Otte.

Die sich die gegenseitige Freundschaft und die wechselseitigen Interessen Arnolds im Laufe der Zeit ausweiteten, wurde in dem weitestgehenden Prozeß in Nordhausen genaugend. Wir können unendlich auf alle Vorwände eingehen und sie erschöpfend behandeln. Wir halten uns deshalb an die Urteilsbegründung und bringen Wesentliches davon. Dieser Ausgang kennzeichnet nach unserer Darstellung zur Sprache, was in Niedersachswerfen vor sich ging. Nach der Urteilsbegründung heißt es, daß vom Juni 1929 etwa zunächst fast zögernd, dann in steigendem Maße und vom Januar bis zum März 1930 durchweg Lüge herausgegangen sind, die handgeladene Steine einschleppen, in den Lieferungen und demgemäß auch in den Rechnungen aber als Grus bezeichnet und berechnet werden. Man sah zeigen, was die Bezeichnung Grus bedeutet, fügen wir bei, was als Preis galt. Für geliefertes Rohmaterial wählten die Deutschen Gipfwerke an das Amoniawerk: Grus II 1950 RM, Grus I 1150 RM, gewöhnliche Steine 2600 RM, assenartige Steine 2850 RM, Knorpel 20 RM je 10 Tonnen bezogen. Dergegenüber berechneten die Deutschen Gipfwerke

ihren Abnehmern: Grus II 15 RM, Grus I 16 RM, Knorpel 250 bis 2650 RM, gewöhnliche Steine 25 bis 27 RM, assenartige Steine 30 bis 40 RM je 10 Tonnen. Die Arbeiten der Deutschen Gipfwerke wurden im Büro der Firma Otte Nachf. mit erledigt, die dafür 50 Proz. der eigenen Würroutkosten vergütet erhielt.)

Als die Untersuchung einsetzte, hörte das wieder auf. Ein ähnliches Bild boten die Lieferungen aus dem Silo. Auch auf dem Verladebahnhof begann man erst allmählich die Waggons nach dem Silo abzufahren, ab Juli 1929 wurde es die Regel.

Alle die Maßnahmen sind, immer nach der Urteilsbegründung, auf Anweisung des Angeklagten Elte zurückzuführen. Zu beachten ist ferner, daß die Arbeiter für das Laden der Steine einen höheren Lohn erhielten als beim Verladen von Grus. — Elte hat dem Gericht gesagt, es handele sich um schlechte Steine, die nicht ohne eine Schädigung der Abnehmer abzugeben waren. Dagegen habe eine große Anzahl von Zeugen bezeugt, daß ein wesentlicher Unterschied gegen früher nicht bestand, daß das Material nie gleichmäßig war, daß jedenfalls keineswegs wochen- oder gar monatelang nur dunkle Steine geliefert wurden.

Wie dem Gericht die Sachverständigen gesagt haben, ist die Qualität auch der dunklen Steine nicht schlecht, sie haben den gleichen Gipsgehalt wie die anderen, lediglich im Aussehen sind sie etwas geringer. Elte hat aber auch die Anweisung gegeben, ohne sich durch Proben von dem Wert der Steine zu überzeugen. Die Folgerung kann man also nicht ziehen, daß das Material so schlecht war, daß man es nur zum Gruspreis hätte verkaufen können.

Elte habe weiter eingewendet, es habe Grusmangel bestanden. Was Otte und Südmilch zu ihrer eigenen Fabrikation brauchten, blieb im wesentlichen gleich. Nach den Förderberichten haben sie in 10 Monaten etwa 30 000 Tonnen Grus bekommen, das entspricht etwa dem, was sie zu beanspruchen hätten. — Daß die dunklen Steine und Südmilch entgegen ihren Behauptungen von der Lieferung der Steine einen Vorzugs hatten, ist zweifellos. Denn die Meister Scharf haben dem Gericht gesagt, daß sie hinter dem Rücken des Arnolds Grus Steine beigegeben haben. Man brauchte also Steine zur Studgipsfabrikation, und das haben die Sachverständigen auch bestätigt. Bei den D.W. hat natürlich die Bezeichnung von etwa 1/3 Grus und 2/3 Steine in einem Wagen einen steigenden Absatz gebracht, das hat sich in der aufwärtsentwicklung der Firma ja auch gezeigt.

Das Gericht erklärt sich Eltes Verhalten so, daß Maifold Elte zu vertuschen gegeben hat, daß Arnold bei den D.W. beteiligt war. Das mußte bei Elte, dem geringer bezahlten, gesellschaftlich nicht auf gleicher Stufe mit Arnold stehenden, einwirkend auf die falsche Einstellung wirken. Maifold hat dann auch vielleicht dem Selbstgefühlsdrang Eltes zu schmeicheln gewußt.

Elte hat sich des Betruges schuldig gemacht, er hat damit Maifold und den Rudolph einen unrechtmäßigen Vorteil zugewandt, und er hat in Lateinheit damit sich auch der schweren Untreue schuldig gemacht.

Arnold ist durch verschiedene Umstände immer wieder darauf hingewiesen worden, daß etwas nicht stimmen müsse. Außerdem bekam Arnold monatlich die Leistung und Anfang 1930 die Gesamtanstellung, bei der Josz ausdrücklich bemerkte, daß erheblich mehr Grus als früher herausginge. Alles zusammengenommen zwingt zu dem Schluß, daß Arnold min-

Ein Gründerjubiläum

Die „Frankfurter Zeitung“, ein Welt Handelsblatt ersten Ranges, ehrte kürzlich den 100. Geburtstag ihres Gründers Leopold Sonnemann und ihr 75jähriges Bestehen mit der Herausgabe eines Jubiläumswerkes „Nachkriegskapitalismus“.

Unter diesem Thema stellte die Handelsredaktion eine Untersuchung an, die sie unter den Überschriften „Ende des Kapitalismus“, „Unsere Unternehmer“, „Sturm und Drang in der Technik“, „Die öffentliche Hand“, „Liebesgabenwirtschaft“, „Die gebundene Wirtschaft“, „Kapitalfesselung“, „Die Krise“, „Die Verteilung des Sozialprodukts“, „Vom Menschen im Kapitalismus“ zusammenstellte. Das sind wahrlich zeitgemäße Themen, die einmal der Beleuchtung bedürfen, selbst wenn das von kritischen kapitalistischen Gesichtspunkten aus geschieht. Alle wesentlichen Merkmale sind kurz festgehalten und erkennend herausgestellt in einer Art, wie man das selten findet. Die Aufsätze bilden kein Sammelwerk, sie enthalten aber geschichtliche Merkmale, die jeder, der sich mit der Wirtschaft befaßt, kennen und beachten muß. Man kann viel daraus lernen, auch als Arbeiter.

Die Handelsredaktion der „Frankfurter Zeitung“ erwarb sich ein Verdienst mit der Behandlung eines Problems, dem wir zur eigentlichen Beurteilung noch sehr nahestecken, das aber die gewissenhafte Arbeit zeigt, die auch sonst dieser Redaktion eigen ist.

Wir wollen hoffen, daß gerade solche wichtigen Arbeiten Interesse über den Kreis der Wirtschaftswissenschaftler hinaus erregen.

Gesundheits- und Zahnstellen

Stettin, Jubiläumsfeier

Am 28. November hatte die Ortsverwaltung der Zahnstelle Stettin ihre Mitglieder zu einer Jubiläumsfeier eingeladen. Das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder bewies die Treue zur Organisation und den Willen zur Mitarbeit.

284 Jubilare, darunter auch den 3 Bevollmächtigten der Zahnstelle und dem Parteisekretär Theodor Karlwig, die in der Zeit vom 1. April 1907 bis zum 28. November 1931 gleich 25 Jahre und darüber Mitglied sind, galt die besondere Ehrung. Die Feier wurde durch Konzerte und durch Gesangsvorträge verschönt. Die Festrede hielt der Kollege Wiesenhütter. Seine Rede mündete dahin aus, das Bestehende zu erhalten, auszubauen und trotz aller Tücken unserer Gegner den Solidaritätsgedanken in alle Kreise zu tragen.

Hierauf wurde die Verteilung der Ehrenurkunden und der Festschrift „40 Jahre Kampf“ an die Jubilare durch den Kollegen Wiesenhütter vorgenommen. A. Person.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14. Ziff. 3a. in Verbindung mit § 14. Ziff. 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahnstelle: Gluckstadt/Wolstein: Karl Viehl, Buch-Nr. 066 340; ferner auf Grund des § 14. Ziff. 3a und d. in Verbindung mit § 14. Ziff. 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahnstellen: Hildesheim: Otto Soppmann, Buch-Nr. S II 547 060; Tschöbe: Jakob Ehlers, Buch-Nr. S II 291 791.

Arbeitsmarkt

(Zusätze unter Schiffe werden nicht aufgenommen.)

Gesucht wird ein vollständiges komplettes Glasgravierzeug gegen Barzahlung. Angebote mit Preisangabe an die Zahnstelle Göttingen in Württemberg, Kronenstraße 2.

Literarisches

Ursula, Geschichte eines kleinen Mädchens. Diese Ursula ist eine Schwester des vor drei Jahren zur Welt gekommenen Peter Kluscheck, der Hauptfigur des Romans „Zur Lande der Gerechten“. Wieder führt uns der Dichter in die norddeutsche Tiefebene und in die Nähe des Meeres. Ein Sohn sich plagerender Fischersleute ist der Vater der kleinen Ursula, die Mutter ist eine Bauerntochter. Weil sie ihren Himmeln nicht heiraten darf, wird sie von ihrem Vater verstoßen, und Ursula kommt bei Verwandten in Berlin zur Welt. Das Kind wächst auf, ohne seine Eltern gesehen zu haben, und seine Kindheit wird eingeeignet von den Kriegsjahren und der schweren Nachkriegszeit und von einer strengen Pflegemutter. Aber nicht als diese Frau bestimmt ein anderer Hausbewohner das Schicksal des Kindes: Ben Spoor, der „Onkel Dichter“, der in seiner Dachwohnung sitzt und aus seinen Erlebnissen und Stimmungen Gedichte und Erzählungen formt. Seine behutsame Liebe führt das Kind durch die entscheidenden Jahre der Entwicklung. Ursula erbt aus den gelegentlichen Bemerkungen der Hausbewohner, daß die Geschichte ihrer Herkunft ein frommes Märchen ist und daß ihre Mutter lebt. Das ganze Sinnen und Trachten des Kindes konzentriert sich nun auf die Suche nach seiner Mutter, und am Tage nach seiner Konfirmation verläßt es die Pflegemutter und fährt zu der Frau, der es bisher nur einmal und heimlich vergnügt war, ihr Kind zu sehen. Die störende Bauerntochter lebt im Armenhaus ihres Heimatdorfes und ernährt sich mehr schlecht als recht von Bettegaben und von den geringen Einkünften gelegentlicher Arbeiten. Ihr Kind, das große Mädchen aus Berlin, bringt plötzlich Sonne in ihr Dasein, und Ursula erlebt das große menschliche Wunder der mütterlichen Liebe. Sie erlebt noch eines: das Meer mit seiner unendlichen Weite, mit seiner Schönheit und seiner zerstörenden Kraft. Aber Ursulas Heimat ist und bleibt Berlin, die große Welt. Es regnet ihr nicht, daß Ben Spoor und andere Gefährten ihres Berliner Lebens gelegentlich in ihre neue Wohnung kommen. Es zieht sie mit allen Fasern nach Berlin zurück und weiter noch. Etwas von ihrem Vater steckt in ihr, der Drang, fremde Länder und Menschen zu sehen, und an dem Tage, an dem sie ihre alte Umgebung verläßt und in die Weite zieht, an dem Tage ist sie nicht mehr die kleine Ursula und ist die Geschichte von diesem kleinen Mädchen zu Ende. Erst Prezzanz hat noch nie zuvor so menschlich ergreifend und dabei so warm und so richtig geschrieben wie in diesem Roman von Ursula, seinem liebsten Kind. „Ursula“ ist das rechte Göttinger Buch. Es ist ein Roman, wie er von vielen Mitgliedern der Buchreihe schon lange ersehnt wurde. Die Buchreihe Gutenberg kommt diesem Wunsch dadurch entgegen, daß sie dieses Buch außerhalb der üblichen Quartalsbücher zum Vorzugspreis von 1,75 RM. nur für ihre Mitglieder herausbringt. Dieser Vorzugspreis hat bis zum 1. Januar 1932 Geltung. Vom 2. Januar an wird der Roman „Ursula“ in der Reihe der Normalbücher der Alde geführt.

Der Lebensweg der Bau- und Wohnungswirtschaft. Das Baugewerbe und der Wohnungsbau stehen vor dem Nichts. Nach allem, was aus der Hausinspektoren geleistet werden soll, bleiben für den Wohnungsbau keine Mittel mehr übrig. Die Wohnungsnot ist aber nicht beseitigt. Sie besteht weiter, wenn auch in zunehmendem Maße die Großwohnzone verlassen werden und leer stehen, wenn die Einkommensminderungen weiter vollaufen zu Einschränkungen zwingt. Auf die Dauer kann niemand die Hälfte seines Einkommens für die Wohnungsmiete aufwenden. Um das für die Gesamtwirtschaft so überaus wichtige Baugewerbe vor völliger Vernichtung zu wahren und ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenziffer zu verhindern, muß der Bauwirtschaft ein neues Tätigkeitsfeld eröffnet und die für diese Tätigkeit notwendigen Mittel beschafft werden. Kann der Siedlungsbau diese Tätigkeit bieten, und wie ist er zu finanzieren? In dem soeben erschienenen Heft 23 der „Sozialen Bauwirtschaft“ werden diese Fragen erörtert.

Der Spiegel des 20. Jahrhunderts. von W. Rook. Stadthagen, Lankestraße 23. Selbstverlag. — Der Spiegel des 20. Jahrhunderts ist ein Sprechwerk für die Bühne, in dem die Zustände unserer Zeit zusammengefaßt sind. Der Verfasser läßt Herren, einen Narren, Propheten, Reaktionäre, Offiziere und rote Soldaten, die Republik und ihre Fahnensträcker, sowie Parteivertreter und Jugend die Zeitverhältnisse in Versen darstellen. Schlicht und einfach ist die Sprache. Gute Sprecher und ein geübter Sprechchor können sicher eine sehr gute Wirkung bei dieser Darstellung auf der Bühne erzielen. Das Stück ist Arbeitervereinigungen zur Aufführung zu empfehlen. Interessenten wollen sich an die oben bezeichnete Adresse wenden.



Die Kriminalität der Jugend

Reaktionäre und Spießer stimmen seit Jahren ein wüßtes Geschrei über die Verwilderung und Verlotterung der heutigen Jugend an, der die strenge Erziehung fehle, und die daher nicht mehr weiß, was Recht und Unrecht ist. Die Unzulässigkeit und Verwilderung der Jugend, wie sie heute sei, wäre früher nicht möglich gewesen, denn damals hatte man noch Militär, wo der Jugend Schliff und Arbeitswille beigebracht wurde. Die Tatsachen sagen jedoch etwas anderes. Ueberprüft man die Statistik über die Kriminalität der Jugendlichen, dann zeigt sich rein zahlenmäßig eine wesentliche Verbesserung. Tatsächlich wurden vor dem Kriege, wie die nachstehende Tabelle zeigt, mehr Jugendliche wegen krimineller Vergehen verurteilt als heute. Möglich, daß vor dem Kriege eine strengere Rechtsprechung auf diesem Gebiete waltete, möglich auch, daß geringfügige Vergehen strenger geahndet wurden. Unter Berücksichtigung der veränderten Lebensverhältnisse bleibt dennoch aber die Tatsache einer erheblichen Besserung bestehen. Es wurden Jugendliche verurteilt:

	1913	1923	1927
Diebstahl	28641	63413	12141
Körperverletzung (schwere)	6594	1162	1204
Unterschlagung	2735	3278	1153
Sachbeschädigung	2948	1527	885
Betrug	1781	1544	889
Schleierei	1483	4306	406
Urkundenfälschung	956	835	428
Verleumdung	1366	669	490
Körperverletzung (leicht)	943	247	878
Hausfriedensbruch	948	495	215
Brandstiftung	116	46	151
Abtreibung	102	128	129
Gewalt gegen Beamte	337	424	120
Unzucht	1011	597	109
Vergehen wegen Gläubigers	7	1841	82
Nötigung und Bedrohung	397	191	63
Raub	136	81	43
Verletzung der Eidspflicht	51	29	39
Mord und Totschlag	31	22	17
Arrestbruch	17	18	4

Die Kriminalität ist in fast allen angeführten Delikten gesunken. Das Geschrei von der Verwilderung der heutigen Jugend müßte angesichts dieser Tatsachen jäh verstummen. Bei Diebstahl, Körperverletzungen, Unzucht, Sachbeschädigung und Schleierei ist der Rückgang der Kriminalitätsziffer ganz bedeutend. Nur bei Vergehen wegen Gläubigers, Abtreibung und Brandstiftung zeigt sich eine Steigerung.

Die heutige Zeit mit ihrer riesigen Massenarbeitslosigkeit und dem unbeschreiblichen Wohnungssehd bietet der Jugend in sittlicher Beziehung wenig Halt. Die Gefahr der Verwilderung liegt in den sozialen Verhältnissen begründet. Mit Schimpfen auf die Zustände ändert man die Lage nicht, und was bisher von bürgerlicher Seite zur Beseitigung der Gefahrenherde getan wurde, ist nicht geeignet, der Verwilderung vorzubeugen. Aufhebung der sozialen Fürsorge für die Jugendlichen bringt neue Gefahren, zumal auch die Eltern bei der Verschlechterung der Einkommensverhältnisse keine Stütze sein können. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen schwillt die Kriminalität im allgemeinen sprunghaft an. Das zeigen uns die Ziffern über die Verurteilungen im Jahre 1923. Vorbeugen ist der sicherste Ausweg, um die Kriminalität einzudämmen. Gute Belehrungen, weise Ermahnungen und Hinweise auf die „gute alte Zeit“ werden wenig fruchten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse täglich Jugendliche ins Unglück stürzen.

Die Gesellschaft macht sich schuldig, wenn sie Zustände duldet, die die Kriminalität vermehren. Die Abkehr von der

alten Auffassung ist das Gebot der Stunde. Man wirft der sozialistischen Bewegung vor, sie trage mit ihrer Erklärung der sozialen Hintergründe der Kriminalität dazu bei, daß die Jugendlichen entgleisen. In dem ist ja, die wirtschaftlichen Verhältnisse seien schuld, enthebe sie den Jugendlichen der Verantwortung für sein Vergehen. Ganz falsch ist diese Auffassung. Wohl nirgendwo wird mehr getan für die Beseitigung der erwachsenen Jugend als in den Gewerkschaften und der sozialistischen Bewegung überhaupt. In Vorträgen, Schriften und Kurven wird die Jugend ermahnt, belehrt und auf den richtigen Weg gemiesen. Darüber hinaus wird aber auch auf die Ursachen solcher Vergehungen hingewiesen und betont, daß diese beseitigt werden müssen. Die sozialistische Bewegung schafft damit Kämpfer für die Beseitigung krimineller Vergehen, während die bürgerlichen Quacksalber sich mit weichen Ermahnungen begnügen. Ein Jugendlicher, der in den Reihen seiner Arbeitskollegen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse kämpft, tut mehr für die Herabminderung der Kriminalität wie ein Verein rüchziger Sittlichkeitsapostel.

Auch die Einrichtung von Jugendheimen, Wanderheimen usw. sind geeignete Vorbeugungsmittel. Man muß der Jugend die Möglichkeit zur Betätigung geben und sie nicht den Gefahren der Straßen überlassen. Hier muß die Bekämpfung der Jugendkriminalität einziehen, dann werden sich die Früchte bald zeigen. E. Neumann.

„Freizeit“-Jugendkurse

Die arbeitslose Jugend hat sehr viel Zeit und weiß nicht immer, wie sie sie ausfüllen soll. Jugend- und Arbeitsämter machen schon mancherlei Versuche, die arbeitslosen Jugendlichen in bestimmten Kurven zusammenzufassen und hatten auch Erfolge damit. Einen erfolgreichen Kursus in der Jugendherberge Cottbus haben auch 23 arbeitslose Jugendliche Kollegen aus dem Bereich unserer Zahnstelle Cottbus-Senftenberg hinter sich. Auf deren Anregung hin hatte das Jugendamt Calau und das Arbeitsamt Senftenberg Jugendliche aus Annahütte, Senftenberg, Neppitz, Kaufbe, Petershain u. a. in einem Freizeit-Kursus zusammengeführt und in Bobitz untergebracht. Die Teilnehmer wurden mit Sport und Leibesübungen, Wanderungen, Spielen beschäftigt, berufsbundlicher Unterricht von einem Gewerbelehrer gegeben und Vorträge wurden ihnen gehalten über Arbeitsämter, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterschutzbestimmungen in der Glasindustrie, Arbeitsrecht, Berufsberatung und Staatsbürgerkunde. Die Teilnehmer haben diese Zusammenfassung und Beschäftigung dankbar angenommen und begrüßt. Sie beteiligten sich mit Lust und Liebe an der Sache. Die Wirkung in gesundheitlicher Hinsicht ist offenbar. Der regelmäßige Lebenswandel, der Aufenthalt in freier Luft und Gewichtszunahmen von 5-8 Pfund regten Körperlich und geistig an. Vor allem wurde der Gemeinschaftssinn geweckt und der Lebenswille gestärkt. Die Teilnehmer hatten die Absicht, von ihrem Zusammenleben auch bildliche Darstellungen zu geben. Leider waren die Platten zerbrochen, als sie bei der Redaktion ankamen.

Von den Kursteilnehmern waren: 24 Au-Empfänger und 9 Wohlfahrtsberufssolche. Den Au-Empfängern wurden in der Freizeit nur 2 ihrer Unterhaltung ausbezahlt. 13 wurde als Verpflegungszuschuß verwendet. Reisekosten, Unterhaltskosten, Vorkaufsaufwendungen und Sonstiges trugen die Zahnstelle und das Jugendamt Calau.

Wenn auch andere Zahnstellen für ihre arbeitslosen Jugendlichen in gleicher Weise etwas tun und Ausschluß haben wollen, so kann die Zahnstelle Cottbus-Senftenberg nähere Auskunft geben.



Zum Staatsbürgerrecht der verheirateten Frau

Der Internationale Sozialistische Frauenkongress, der in der Zeit vom 23. bis 26. Juli in Wien tagte, beschäftigte sich unter anderem auch mit der Frage des Staatsbürgerrechts der Ehefrau. Schon öfter haben sich Frauenorganisationen mit dieser wichtigen Frage beschäftigt. Für die Proletarierin ist die Regelung der Staatszugehörigkeit natürlich besonders bedeutungsvoll. In einer Reihe von Ländern verliert die Frau bei ihrer Verheiratung mit einem Ausländer die durch ihre Geburt erworbenen Staatsbürgerrechte. Am deutschen Staatszugehörigkeitsgesetz heißt es im § 17 Ziffer 3: „Die Staatsangehörigkeit geht verloren für eine Deutsche durch Eheschließung mit dem Angehörigen eines anderen Landes oder mit einem Ausländer.“ Die Ehefrau verliert also ganz automatisch ihre Staatszugehörigkeit. Es ist ihr nicht freigestellt, selbst zu wählen, ob sie die deutsche Staatszugehörigkeit behalten oder die Staatsbürgerrechte ihres Mannes haben will. Das ist sicher ein Unrecht gegen die Frau, welches behoben werden muß. Zumal damit nicht unerhebliche Nachteile für die Frau verbunden sind. So kenne ich eine tüchtige Betriebsfunktionärin, die mir auf meine Frage, warum sie nicht Mitglied des Betriebsrates sei, antwortete, daß ihre Wahl nicht möglich sei, da sie nach dem Gesetz „Ausländerin“ sein muß. Die Kollegin hat zwar nie den Ausländer gesehen, aber ihr Mann ist scheidungsloser Staatsangehöriger. Sie kann nun weder mitwählen noch gewählt werden, obwohl sie als Funktionärin bei den Wahlen usw. in vorderster Front kämpft.

Es wird vorkommen, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen für eine Ausweisung des in Deutschland lebenden Ausländers, dessen Ehefrau rechtlich und praktisch mit ausgewiesen wird. (Während des Krieges ist das oft genug vorgekommen.) Besonders hart trifft es dann die Frau, wenn sie nicht durch die Verheiratung nach dem ausländischen Recht die Staatsangehörigkeit ihres Mannes erwarb, oder wenn sie einen „staatenlosen“ Mann heiratet, was ja ebenfalls vorkommt. In diesen Fällen ist die Frau eben staatenlos, d. h. sie hat nirgendwo Heimatrechte. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Frauenkongress in Wien unsere Forderungen und Auffassungen durch folgende Entschließung klar herausgestellt hat: „Die Notwendigkeit der internationalen Regelung der Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau ist bereits anerkannt.“

Unabhängig davon, daß für alle Männer und Frauen durch internationale Übereinkommen der Erwerb oder der Wechsel der Staatsbürgerschaft möglichst leicht und einfach gemacht, daß insbesondere das traurige Schicksal der Staatenlosigkeit vermieden werden soll, ist für die Frauen

1. ein Optionsrecht bei der Heirat anzuknüpfen. In den meisten Fällen wird es der Frau wünschenswert erscheinen, dieselbe Staatsbürgerschaft zu haben, wie ihr Mann. Das soll sie durch bloße Willenserklärung innerhalb einer gewissen Frist erreichen können. Damit sie aber nicht automatisch und auf alle Fälle die eigene Staatsbürgerschaft verliert und die des Ehegatten annehmen muß, wie das heute in den Beziehungen vieler Staaten zueinander der Fall ist, so soll sie selbst wählen können, ob sie ihre eigene Staatsbürgerschaft behalten oder die des Mannes annehmen will.

2. Damit sich nicht ein während der Dauer der Ehe vollzogener Wechsel der Staatsbürgerschaft des Mannes automatisch, auch gegen den Willen und die Interessen der Ehefrau auf sie erstreckt, soll der Frau auch für diesen Fall ein Optionsrecht eingeräumt werden. Wenn sie den Wechsel der Staatsbürgerschaft mitmachen will, so soll sie nicht darauf angewiesen sein, für sich ein separates Naturalisationsverfahren einzuleiten.

Durch die bloß schematische Gleichstellung der Ehefrau mit dem Mann in bezug auf Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft würde die Rechtslage von Hunderttausenden Frauen ver schlechert.

3. Das in vielen Staaten heute bestehende Repatriationsrecht (das Recht des Rückerwerbs der früheren Staatsbürgerschaft) der Frauen aus durch gezielte Trennung oder durch den Tod des Gatten auf gelösten Ehe ist durch internationale Regelung zu verallgemeinern.

4. Damit auch rechtsunkundige Frauen der Wohlfahrt des Gesetzes teilhaftig werden, ist überall zu fordern, daß die Frauen sowohl bei der Heirat als auch bei einem Wechsel der Staatsbürgerschaft des Gatten während der Ehe von amtswegen unter Rechtsbelehrung zur Erklärung aufgefordert werden.

Es handelt sich also hier um eine Frauenrechtsforderung, für die wir uns zweckmäßig und allgemein nach wie vor einsetzen. Vemerktenswert ist auch, daß Anfang Juli im Völkerverbandssekretariat in Genf ein Komitee von Vertreterinnen der internationalen Frauenorganisationen zusammengetreten ist, welches die Aufgabe hat, die maßgeblichen Instanzen des Völkerverbands über die Frage des Staatsbürgerrechts der Ehefrau zu beraten. Es soll die Möglichkeit der Schaffung eines Weltrechts der Ehefrau untersucht werden. Die nächste Völkerverbandsversammlung wird sich wahrscheinlich mit dieser Frage zu befassen haben. A. J.

Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Breckang

Copyright 1930 by Bücherzilde Antebere, Berlin.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Als die Weihnacht kam und die Gloden von allen Türmen ihre feierliche Votivlichter in das weiße Land hängen ließen, lag Jeremias schon einige Fuß tief unter der Erde, in dem recht edigen Loch, das der Dolengräber unter Schimpfen und Flüchen und Schnapsstrinken mühselig mit der Spitzhacke in den hartgefrorenen Boden gebracht hatte. Es war ein stilles, sehr hülles Begräbnis gewesen. Die Menschen hatten sich vor dem zornigen Schneegelächter, das durch die Straßen brannte, an die Fesen zurückgezogen. Nur Trude und Doktor Trall kämpften sich hinter dem Leichenwagen durch das Wetter. Professor trat die Träger an den Wagen, hoben den Sarg ab und hatten es sehr eilig, zu dem recht edigen Loch zu kommen. Alle hatten es eilig, die eine Hand rühren mußten. Der Pfarrer war nicht bemüht worden; es betrauerte ihn heute gewiß nicht.

Und der Dolengräber setzte das Amen gleich hinter den Anfang des Vaterunser.

Doktor Trall geleitete Frau Trude nach Hause, redete noch ein wenig auf sie ein, das darauf hinansah: Alles sei so gekommen, wie es kommen mußte; es sei schließlich am besten so — und dergleichen, was wohl für einen Arzt nicht aber für Trude in diesem Augenblick Beweiskraft hatte und Trost war. Dann brückte er ihr herzlich die Hände, bat, in jeder Hinsicht über ihn zu verfügen, wenn er irgendwie helfen könne, und empfahl sich.

Und nun war sie allein. In diesem Tage und an den folgenden Tagen, zur Weihnacht und am Jahresende, Sie begann das neue Jahr in ihrer Einsamkeit und ging noch immer wie im Traum umher. Sie hatte das Gefühl, als schwebte sie in einem leeren Raum; als sei jede Bewegung töricht, weil sie sich keinen Zweck dachte, kein Ziel empfand, befehlwegen sie dies oder das hätte tun sollen.

Sie sah fast immer am Fenster und blickte hinaus und sagte mit ihren Augen den Flößen, die in überreicher Menge Tag für Tag niederzuckelten und im Garten schon alles Dunkel in ihrer weichen, weißen Masse begraben hatten. Immer höher häuften sich die Schneeberge in den Straßen.

So ging der Januar hin, der Februar. Und noch immer schneite es, und noch immer sah Frau Trude stundenlang am Fenster und sah auf die ungeheuer weite, weiße Schneefläche da draußen, in der die Bäume der Landstraße fast bis zur Krone festeten.

Dann kam der März, und brachte einige hellwarme Tage. Ein großes Schmelzen begann. Und es war erstaunlich, wie schnell die Schneeberge in sich zusammen sanken, wie die Gasseebäume herauswachsen aus der weißen Masse und eines Morgens fast schon wieder in ihrer natürlichen Größe bestanden.

Ein paar Späzen und Reisen lärmtent vorlaut in der Kaskade und machten es wie die Dichter, die ihre Frühlingslieder mit friererender Seele zusammenreimen.

Frau Trude war nun ruhig geworden. Ganz ruhig. Das Träumen fiel allmählich von ihr ab; ihr Sinn suchte nach Festigkeit und begann sich allmählich ein wenig um die Gestaltung der Zukunft zu kümmern. Der lange Friedrich war vom Tode Tattenbachs untröstet worden. Er wollte kommen, so schnell, als es sich ohne allzu große Geschäftseinbuße tun ließ. Er hätte schon hier sein können, wenn der Schnee mit seinen weißen Wällen nicht manche Straße versperrt und Fuhrwerk um Fuhrwerk festgelegt hätte.

Eines Tages, als Frau Trude wieder am Fenster saß, sah sie einen dunklen Punkt zwischen den Ahornbäumen in der Ferne auftauchen. Sie befiel ihn im Auge; er kam näher und näher. Und als er ungefähr bis zur Hälfte des Weges gekommen und schon eine kopfartige Form angenommen hatte, da wußte sie, daß es die Glücksbude sei, die da hinter dem alten, nuckelnden Schimmel herangequaddelt kam. Ihre Glücksbude!

Eine Viertelstunde später trat Friedrich ins Zimmer. Er sah mit seinem friehen rötigen Gesicht nicht anders aus als vor Jahren. Um seine lange Gestalt schlotterte noch immer der graue Mantel. Sein linker Arm war ja wie ein Pumpenstempel gegangen; nun aber konnte der rechte auch wieder mit, wenn ihm auch eine kleine Schwäche als unwilliges Andenken an die Grevesberger Schlacht geblieben war.

Friedrich mußte sich bücken, um durch die niedrige Tür zu kommen.

Und dann standen sie sich gegenüber und schüttelten einander die Hände. Und er mußte immer wieder seinen Blick an der schlanken, fast überglänzten Gestalt haften lassen, an dem schmalen Gesicht, das die Spuren einer langen Leidenszeit trug und über dessen Gabeln ein leichtmütiger Hauch lag.

Frau Trude bemerkte, daß er besangener sei als früher, daß ihm irgend etwas Unruhe verursache und daß sein Blick immer wieder aus dem Fenster ging — nach dem Wagen, der hinter dem Garten hart an der Hecke stand. Vielleicht sorgte er sich um das Pferd. Aber es stand ruhig in der warmen Märzsonne, das Maul andächtig im Futtertützel vergraben.

So kam nur langsam eine Unterhaltung in Gang. Friedrich sprach sein Verleiden zum Tode Tattenbachs aus. Und dann: Die Geschichte mit dem Jungen! Sie haben nicht schlecht über mich geschimpft, was? Nicht? Na, ich würde es Ihnen nicht übel nehmen. Aber es war wirklich nichts mit ihm zu machen. Gesund war er! und gut geht's ihm, hat er mir geschrieben. Ihnen wohl auch? Ja — na — also: wollen Sie mich nun töpeln? Oder verzeihen Sie mir?

Sie gab ihm lächelnd die Hand: „Behalten Sie Ihren Kopf, Friedrich.“

„Ich brauche ihn auch!“ Er ließ es eifrig hervor und ließ ein verlegenes Lachen folgen. Und wieder ging der Blick zum Wagen. Und wieder ging er zurück, forschte in der Augen, in ihren Fäden und leuchtete sich dann vert. Boden. Ein ganz unwillkürliches Murmeln: „Kein, mit Ihnen ist sie ja nicht zu vergleichen.“

Trude hatte es doch gehört. „Werk!“ Eine Handbewegung antwortete ihr. Dann sah sie mit einem jähren Blick den Kopf: „Frau Trude, ich habe immer in heiliger Verzerrung an Sie gedacht, ich — ich — er leuchte nach Worten und legte sein großes Haupt —“

„Ich — ja, ich liebe Sie, Frau Trude.“

Sie unterbrach ihn heilig: „Kein, bitte das, nicht.“ Friedrich ließ nicht und nie. Es war zwischen uns keine Rede davon sein.“

Er nickte: „Das möchte ich ja.“ Und hob die Hand: „Fürchten Sie nicht, daß ich mir Ihre jetzige Lage zuzumache machen will. Ja, Segen!“ Er schüttelte den Kopf und lachte selbsten vor sich hin. „Die soll ich es Ihnen denn nun sagen? — Ich will ganz offen sein; zuweilen habe ich daran gedacht, seit der arme Tattenbach tot ist: ob Sie mir wohl gut sein könnten und — na — Wieder die fortwährende Handbewegung. Ein Anzeichen: „Das war ein Unfug, natürlich, nicht: berührt geradezu!“ Er lachte. „Sie und ich — darum auch mir zu denken! Ich, ein großer, teilpartischer Geselle — und Sie, so fein und so hoch! Ja, hoch für mich!“ Ein bezaun-

bernder Blick. Und nun das andere. Wie soll ich es Ihnen sagen?“ Er schüttelte ärgerlich den Kopf: „Ach bin, weiß Gott, wie ein Kind, wenn Sie da sind. Wie ein dummer Junge!“

Sie lächelte in ihrer alten Sicherheit: „Wenn ich nur erst wüßte, wo Sie hinauswollen. Warum sprechen Sie es nicht einfach aus? Haben Sie kein Vertrauen mehr zu mir?“

Er richtete sich mit einem Auf: „Vertrauen? Das ist ein ganz armes Wort. Frau Trude! Vertrauen! Jedes Wort von Ihnen ist mir wie lauter Gold! Eben deshalb! Was werden Sie denken von einem Menschen, der Sie geradezu anheimelt hat und sich nun eine andere mitbringt?“

„Was?“ Sie lachte hell heraus. „Wen haben Sie mitgebracht?“

Er wurde glotzt. „Seit mir das Wiesel davon ist, war's nicht mehr auszuhalten. Die Einsamkeit! Ich kann's nicht ertragen, allein zu sein! Und nun lief sie mir in den Weg.“

„Wer? Ein Mädchen?“

„Ja.“ Er sah sie mit strahlendem Lachen an. „Emilia heißt sie. Ein gutes Kind, wirklich, Frau Trude! Sonst hätte ich sie nicht geheiratet.“

Frau Trude geriet in immer größeres Erstaunen: „Was? Sie haben Hochzeit gemacht und schreiben mir kein Wort davon?“

„Ja, wissen Sie —“, er wand sich in starker Verlegenheit. „Hochzeit hatten wir nämlich so recht noch keine... Wenn Sie es nicht übernehmen — das heißt — ja: ich wollte das eigentlich mit Ihrer Hilfe — hm, wir möchten hier Hochzeit machen.“

„Aber gewiß! Wenn ich Ihnen helfen kann! Und nun holen Sie mal schnell Ihre kleine Braut herein.“

Er war schon an der Tür, kehrte aber noch einmal um und sah ihre Hände: „Sind Sie mir aber auch wirklich nicht böse? Denken Sie nicht schlecht von mir?“

„Aber nein, nein, nein!“ Und dann schrieb sie lachend auf, weil er ihr fast die Hände zerquetschte.

Dann war er hinaus. Sie sah ihn im Garten mit seinen langen Armen winken und hörte ihn rufen: „Emilia! Emilia!“

Und dann brachte er sie herein: ein kleines, braunes Mädchen mit leuchtenden Augen, die Seite unter dem Arm.

„Gib' ich's dir nicht gesagt? Gar nicht böse ist sie, unsere Frau Trude. Da, da!“ Er hob sie auf und setzte sie mit stolzem Gesicht nieder. „Das ist sie, Frau Trude! Ist sie nicht hübsch? Und leicht wie eine Feder. Ihr Direktor hat Pleite gemacht. Die Kapelle ließ auseinander. Na, und da haben wir uns halt zusammengetan.“

„Er wird großer Direktor werden“, sagte das Mädchen mit einem stolzen Blick auf den Athleten, dem sie knapp bis zur Schulter ging.

„Ja!“ Friedrich wurde es schwer, nun die Hauptsache zu sagen. „Aber die Glücksbude? Wir wollten nämlich — Frau Trude — wir wollten eine Musik aufmachen.“

„Eine schöne Musik!“ bestätigte Emilia. „Er macht bumbum!“

„Bumbum, ja.“ Friedrich ahnte einen Pausenschläger nach. „Mit der Akkorderei ist's vorbei, Frau Trude. Der Arm...“

Sie nickte: „Das ist auch ein Andenken an Tattenbach.“

„Ach, lassen Sie doch. Aber was wird mit der Glücksbude? Gut behütet hab' ich sie.“

Nationalsozialisten über die Frauen

„Der Jude hat uns die Frau gestohlen durch die Geschlechtsdemokratie. Wir Jungen müssen ausziehen und den Lindwurm töten, damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf dieser Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist. Weg, Wille und Ziel dazu heißt aber Nationalsozialismus.“

Feder in Nr. 26 der „Flamme“ vom 26. Juli 1930.

„Wir Nationalsozialisten werden die Frauen in den Reichstag, Landtag oder in die Stadtkolonien schicken, denn die Aufgabe einer Frau ist eine andere. Die Frau ist von unserem Herrgott zur Liebe und zum Haushalt geschaffen.“

Dr. Rüttmann in Lahr am 10. Oktober 1930 in einer Versammlung.

„Die Glücksbude?“ Frau Trude sah mit einem fast ärztlichen Blick hinaus. „Die Glücksbude fahre ich.“

Ueber der Hochzeit und mancherlei Vorbereitungen verging der April.

Als aber an der Kastanie die ersten braunen Knospen plakten, da führte Friedrich den Schimmel aus dem Stall heraus, und Frau Trude stieg auf den Kutschersitz, nachdem die kleine Emilia sie fast mit Küffen umgebracht hatte. Nun liefen ihr fortgesetzt die Tränen über die braunen Wangen. Und auch Friedrich schloß ein paar Mal in sich hinein und unterfuhr immer wieder die Fufe des Pferdes. Und als Frau Trude nicht mehr warten zu dürfen glaubte, da sprangen beide zu ihr hinaus und führten eine lange Strecke mit, durch die Stadt und weit zum Tore hinaus. Friedrich sah ganz tief-sinnig da und fragte einmal: „Ist es nicht so, Frau Trude? Es kommt alles anders im Leben, als man es sich einmal gedacht hat.“

Sie nickte: „Und es ist häufig recht gut so.“

„Ich weiß nicht.“

Und dann stiegen sie ab. Und dann gab es den letzten und allerletzten Händedruck und immer erneute Tränenströme bei der kleinen Emilia.

Und dann endlich war Trude allein.

Ja. Nun war sie allein. Ganz — kein. Nein, sie mußte lächeln: da war ja noch der alte treue Schimmel. Er huschte langsam und unbekümmert durch den regenrübigen Maientag und zog die Glücksbude hinter sich her. Frau Trude schüttelte ein wenig die Leine. Er setzte sich in einen langsamen, ganz langsamen Trott, als habe es wirklich durchwegs keine Eile mit seinem Weg.

Frau Trude hatte Eile. Heute wenigstens. Sie wollte am Abend Grevesberg hinter sich haben.

Und wieder flog alles auf in ihr, als sie den bekannten Weg fuhr. Eine Erinnerung nach der anderen. Da war das Dorf, wo sie am Morgen nach der schrecklichen Nacht gerastet hatten. Da war schon die Grenze. Und nicht lange darauf tat sich das Tal vor ihr auf, das so hell erleuchtet gewesen in jener Nacht. Weiße grüne Saatenfelder dehnten sich hinab zum Dorf, das mit seinen roten Mauern so neu und frisch in die Maientriebe glänzte, als sei es eben aus einer Spielzeugschachtel genommen. Von dem Brande sah sie keine Spur mehr. Nur in der Mitte stand ein hohes, sehr hohes Gerüst. Die Kirche war erst bis zur halben Höhe geführt.

Und nun waren es lauter altbekannte Straßen, auf denen Frau Trude fuhr. Zuweilen ließ ein Ort, eine Landschaft, ein jeftamer Baum Silber aus langstvergangenen Tagen aufsteigen. Aus den Tagen, die sie in stillem, friedlichem Glück mit Jeremias und ihrem Knaben hingebacht. Es waren ja keine lauten Freuden gewesen. Viele Worte hatte keines von ihnen gemacht. Aber es waren Stunden gewesen voll tiefer, innerer Harmonie, mochte zu anderen Zeiten das Wollen und Wünschen auch voneinander streben. Stunden der Andacht, unabhängig von der wechselnden Umwelt, und nur zufällig verbunden mit diesem Wald, mit jenem Gebäude, mit diesem Fluß oder jenem Feld.

So machte der neuerliche Anblick dieser Dinge ihr ihren Verlust von neuem schmerzlich fühlbar. Einen Erfolg gab es nicht. Für sie nicht. Das, was sie gemeinsam erlebt und erlitten, war unverlöschbar. Nichts konnte mehr kommen, das ihre Empfindungen, ihren Mut noch einmal so froh und stolz aufblühen ließ wie jener Kampf, den sie bis zu seinem natürlichen Ende geführt.

Nur ging es nun noch um sie selbst. Und das war leicht im Vergleich zu dem, was hinter ihr lag.

Frau Trude rief sich an ihrem Sinnen. Der Schimmel schlich schon wieder so langsam.

Sie sah die Bügel straff und sah die Straße hinunter. Die Reittouren war eben aus den Wolken gekommen und warf ein paar Strahlenbüchel auf den Weg; die ersten grünen Birkenblättchen flimmerten in ihrem Licht. Und dort hinten, ganz hinten funkelte der Anlauf eines Turmes auf.

Das war die Stadt, in der Frau Trude nun zum erstenmal allein die Glücksbude aufschlagen wollte. —

Ende.

Modeverrücktheiten der Reichen

Millionen Frauen und Mädchen der werktätigen Bevölkerung leiden Not, das hindert aber die Frauen der Reichen nicht, an die Mode zu denken. Der „letzte Schrei“ sind goldene Wimpern. Es kann auch Silberfarbe gewählt werden, wenn die Hautfarbe und das Haar dieses Edelmetalls als angebracht erscheinen lassen. Zu goldenen Wimpern werden silberne Augenlider „getragen“. Man verhilbert die oberen Augendel. Zu silbernen Wimpern dagegen werden goldene Lider bevorzugt, da der Gegensatz zwischen Silber und Gold durchaus gewahrt sein muß. Diese seltsame Mode wurde von den berühmten Dodge-Sisters geschaffen, die bekanntlich jetzt in Paris einen Modelsalon für Millionäre errichtet haben. Einige Hollywood-Filmstars, die in Paris zu Besuch waren, verpflanzten die Mode sofort nach Amerika, wo alles am Abend jetzt Gold und Silber auf Wimpern und Augenlidern trägt. Zur Vertiefung des Glanzes der Augen wird von geschäftstüchtigen Amerikanern ein Mittel „Radium-Cobler“ empfohlen, ein Getränk, das in der ganzen Welt bekannt ist und in den Bars vertrieben wird, nur in Amerika noch eine Verfertigung durch Radium erfahren hat. Die Amerikaner kamen darauf, daß Radium-Verbindungen in sehr schwacher Form geeignet sind, den Glanz der Augen zu erhöhen, ohne dem Körper irgendwie zu schaden. Man nimmt diese angeblichen Radium-Verbindungen in den beliebigen Getränken wie Cocker und Cocktail zu sich und hat dann einige Stunden später das Vergnügen, strahlende „Radiumaugen“ zu besitzen. Da der Glanz nach wenigen Stunden wieder verschwindet, so muß man ihn immer wieder aufs neue durch den Genuß der Radiumgetränke hervorzaubern. Auch der hauptsächlichste Schmutz des Kopfes, das Haar, steht unter dem Reiches des metallenen Schmutzes. Platinblond ist die Modofarbe, und zwar wird in dieser Farbe wieder der „Dutt“ getragen. Man sieht jetzt in Pariser Theatern Frauen nicht nur in engen fliehenden Gewändern, sondern auch mit schweren Haarknoten, die in den Rücken fallen und Platinglanz ausstrahlen. Der Pubikopf wird nur noch am Vormittag und zu Entwürfen am Nachmittag getragen. In Gesellschaften und in Theatern hat der „Dutt“ wieder seinen Siegeszug angetreten. Wenn man ganz schön sein will, dann verhilbert oder verguldet man sich auch die Fingerringel und sieht vollständig aus wie ein Modesefer. Das ist ja das Entscheidende bei diesen Frauen, die sonst nicht wissen, was sie machen sollen. Die Modeverrücktheiten dieser Frauen sollten mit hohen Steuern den Staatskassen dienstbar gemacht werden.

Ein einfaches, schnell wirkendes Mittel gegen Schnupfen

Das Schnupfen ist augenblicklich die Krankheit der Jahreszeiten. Und jeder weiß, daß es zwar eine ziemlich unangenehme, aber aber um so qualendere und belästigende Erkrankung ist. Vor allen Dingen ist die lange Dauer dieses entzündlichen Prozesses der Nasenschleimhaut unangenehm, denn sie tritt häufig mit Wiederfällen auf und setzt die Arbeitsfähigkeit des Patienten beträchtlich herab. Ja, es gibt Leute, die sich während des schlammigen Anlaufes zu Bett legen müssen. Nun gibt es erfreulicherweise ein einfaches und harmloses Mittel, um diese „schlechte Angelegenheit“ der Nase verhältnismäßig schnell und ohne jede Gefahren zu beseitigen. Da der Schnupfen, wie schon bemerkt, eine Entzündung der Nasenschleimhaut darstellt, so lag es nahe, zur Milderung und Heilung der Krankheitserscheinungen Mittel zur Verwendung zu bringen, die die Entzündung beseitigen. Es hat sich durch Versuche gezeigt, daß die Borialsbe sich zur „inneren“ Behandlung des Schnupfens vorzüglich eignet. Jede Drogerie und jede Apotheke fertigt bereitete Salben oder Pastillen an. Am besten benutzt man zur Behandlung die Tubenform. Das Schräbenende wird in die Nasenlöcher eingeführt und ein wenig Borialsbe hineingepreßt. Dann wird die Salbe sehr zart mit dem kleinen Finger auf die ganze Innenfläche der Nase verrieben. Man kann den Finger so tief in die Nase einführen, wie es möglich

ist, um auch die tieferliegenden Teile der Nasenschleimhaut mit Salbe befeuchten zu können, zumal gerade diese Teile meist die größten Entzündungen aufweisen. Dabei muß man allerdings sehr vorsichtig sein, um sich nicht zu verbrennen. Sobald man am Abend vor dem Schlafengehen — dieser Zeitpunkt ist wichtig — die Nase derartig behandelt, und zwar rechtzeitig, sobald man die ersten Anzeichen des Schnupfens merkt, wird man schon am nächsten Tage eine sehr angenehme Binderung der Nasenrachen-schleimhaut verspüren. Die gefährliche Schwellung der Nasenrachen-schleimhaut bleibt aus. Man wiederholt am besten am nächsten Abend diese Prozedur noch einmal und kann dann mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß der unangenehme Teil der Krankheitserscheinung am dritten Tage abgeklungen ist. Die Borialsbe ist stark desinfizierend und vernichtet darum auch die Bazillen, die wohl hauptsächlich als Krankheitserreger gelten dürfen. Die vollständige Heilung des Schnupfens geht dann unter sehr milden Formen vor sich. Man braucht nicht mehr zu befürchten, daß der Schnupfen, wie es allgemein heißt, acht Tage ansteigt, acht Tage bleibt und acht Tage abheilt. Aus den drei Wochen des Krankheitsprozesses werden bei rechtzeitiger Anwendung dieses Mittels drei Tage.